



Soziale Stadt stärken

**Teilhabechancen
ermöglichen**

Dokumentation und Ergebnisse
der 1. Bochumer Sozialkonferenz
am 04. Juli 2019

Herausgeber:

Stadt Bochum
Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit
Stabsstelle Steuerungsunterstützung – V/SU –
44777 Bochum

Internet: www.bochum.de/sozialkonferenz
E-mail: sozialkonferenz@bochum.de

Wir bedanken uns herzlich bei allen Teilnehmenden
der Sozialkonferenz.

Abdruck (auch auszugsweise) mit Quellenangabe gestattet.

1. Bochumer Sozialkonferenz

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	6
1. Einladung	7
2. Einführung	8
3. Impulsreferat von Herrn Prof. Dr. Uwe Becker	9
4. Faktencheck Sozialdezernentin Frau Britta Anger	16
5. Plakate der fünf Foren	
5.1. Teilhabechancen für Kinder und Jugendliche stärken	
5.1.1. Plakate	21
5.1.2. Impulsreferat Kinder	24
5.1.3. Impulsreferat Jugendliche	32
5.1.4. TOP 3-Ideen	38
5.2. Teilhabechancen für Erwachsene stärken	
5.2.1. Plakate	39
5.2.2. TOP 3-Ideen	42
5.3. Teilhabechancen für ältere Menschen stärken	
5.3.1. Plakate	43
5.3.2. TOP 3-Ideen	46
5.4. Gesundheit verbessern	
5.4.1. Plakate	47
5.4.2. TOP 3-Ideen	50
5.5. Wohnen verbessern	
5.5.1. Plakate	51
5.5.2. TOP 3-Ideen	54
6. Forenergebnisse	
6.1. Forum Teilhabechancen für Kinder und Jugendliche stärken	56
6.2. Forum Teilhabechancen für Erwachsene stärken	57
6.3. Forum Teilhabechancen für ältere Menschen stärken	58
6.4. Forum Gesundheit verbessern	60
6.5. Forum Wohnen verbessern	62
7. Graphic Recording	63
8. Ausblick	64

Vorwort



**Oberbürgermeister
Thomas Eiskirch**

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Wissen, Wandel, Wir-Gefühl“ spiegeln die alten und die neuen Stärken genauso wie den unverwechselbaren Charakter einer lebens- und liebenswerten Stadt Bochum wider. Das „Wir-Gefühl“ ist die tragende Basis der Bochumer Stadtgesellschaft und das haben über 200 Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kirche, Sport, Kultur, von Trägern der freien Wohlfahrtspflege, Politik, Schulen, Kitas und Stadtverwaltung bewiesen, die an der 1. Bochumer Sozialkonferenz „Soziale Stadt stärken – Teilhabechancen ermöglichen“ teilgenommen, sich eingebracht und aktiv mitgestaltet haben.

Ohne Zweifel: Die Städte in Deutschland sind mit großen Herausforderungen konfrontiert. Der Veränderungsdruck ist groß. Demografischer Wandel, zunehmendes Auseinanderdriften der Gesellschaft, Zuzug von Schutzsuchenden, Kinder- oder Altersarmut und natürlich auch Bildung, sowie Teilhabe sind Themen, die – nicht nur in Bochum – nach dringenden Antworten rufen. Hier darf es keine Rolle spielen, ob die Zuständigkeiten in erster Linie beim Bund, Land oder der Kommune liegen.

Ein folgendes Beispiel der gelingenden Präventionsarbeit sowie der Ermöglichung von Teilhabechancen in Bochum:

Vor knapp drei Jahren hat Bochum vom Land NRW den Zuschlag für das Modellvorhaben „Kommunale Präventionskette“ erhalten. Bochum hat sich mit einem Konzept beworben, das für Vorbeugung und Partizipation steht.

In Bochum arbeiten die Akteure des Modellvorhabens kooperativ und eng vernetzt zusammen. Im Mittelpunkt steht immer die Verbesserung der Lern- und Lebenschancen aller Kinder und Jugendlichen. Gemeinsam sollen Rahmenbedingungen für gelingende Bildungsbiographien geschaffen werden. Ziel ist es, Ressortgrenzen zu überwinden und vorhandene Strukturen und Angebote der Bereiche Gesundheit, Bildung, Sport, Integration, Bauen, Soziales und Kinder- und Jugendhilfe mit einander zu verknüpfen. So wurde aus der bisher schon sehr guten Zusammenarbeit etwas Besonderes, eine bereichs- und lebensphasenübergreifende Präventionskette wurde entwickelt. Somit kann der Weg geebnet werden, dass allen Kindern und Jugendlichen ein gelingendes Aufwachsen, gesellschaftliche Teilhabe und gute Bildungschancen ermöglicht werden – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und vom Geldbeutel ihrer Eltern.

Es gilt, die bereits gut funktionierende präventive Arbeit in Bochum und deren sichere Netze auch weiterhin auszubauen. Nur durch gemeinsame Ideen und gemeinsame Arbeit können Veränderungsprozesse angestoßen werden!

Thomas Eiskirch
Oberbürgermeister
Stadt Bochum

1. Einladung

Einladung

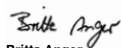
Sehr geehrte Damen und Herren,

im Fokus des Sozialberichts Bochum 2018 steht die Situation von armen und armutsgefährdeten Menschen. Dabei kommt Armut in verschiedenen Lebensabschnitten und in Verbindung mit Arbeitslosigkeit, Gesundheit und Wohnen zur Sprache. Für die Betroffenen ist eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nur mit Einschränkungen, manchmal auch gar nicht möglich.

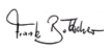
Deshalb möchten wir gemeinsam mit Ihnen, den Interessens- und Betroffenenvertretungen, die Teilhabechancen und Lebensbedingungen von armutsgefährdeten und von Armut betroffenen Bevölkerungsgruppen stärken und laden Sie herzlich ein, sich an diesem gesamtstädtischen Prozess auf der 1. Sozialkonferenz der Stadt Bochum zu beteiligen.

Wir greifen damit auch eine Idee der Bochum Strategie auf – dem Kompass der Stadt Bochum, der den Weg zu einer positiven sozialen, wirtschaftlichen, demografischen und ökologischen Entwicklung Bochums weisen soll.

Wir freuen uns auf einen konstruktiven Dialog mit Ihnen.



Britta Anger
Beigeordnete für Soziales,
Jugend und Gesundheit
Stadt Bochum



Frank Böttcher
Geschäftsführer
Jobcenter Bochum

Programm

09.00 Uhr Stehkafee

09.30 Uhr Begrüßung
Thomas Eiskirch,
Oberbürgermeister Stadt Bochum

Einführung
Ludwig Weitz, Moderator

Impuls
»Armut braucht Solidarität«
Prof. Dr. Uwe Becker,
Evangelische Hochschule
Rheinland-Westfalen-Lippe

Faktencheck
Britta Anger, Sozialdezernentin
Stadt Bochum

Facetten zur sozialen Lage in Bochum
Frank Böttcher
(Jobcenter Bochum),
Jens Fritsch
(AG Wohlfahrt),
Wahiba El-Kechen
(»Wir Kinder von der Krachtstrasse«) und
Stefan Marx
(Bochumer Bündnis für Arbeit und soziale Gerechtigkeit)

1. Runde aktiver Austausch in Foren:
»Teilhabechancen in Bochum stärken«

Forum 1: Teilhabechancen für Kinder und Jugendliche stärken

Forum 2: Teilhabechancen für Erwachsene stärken

Forum 3: Teilhabechancen für ältere Menschen stärken

Forum 4: Gesundheit fördern

Forum 5: Wohnen verbessern

12.30 Uhr Mittagspause

2. Runde aktiver Austausch in Foren

14.15 Uhr Kaffeepause

Vorstellung der Ergebnisse im Plenum

15.00 Uhr Ausblick und Verabschiedung

15.15 Uhr Möglichkeit der Führung durch die Synagoge

1. Bochumer Sozialkonferenz

Die Veranstaltung findet am **Donnerstag, den 04. Juli 2019** in den Räumen der **Synagoge Bochum** statt.

Die Anzahl der Plätze ist begrenzt. Bitte senden Sie das beigelegte Anmeldeformular bis zum 14. Juni 2019 an:

Stadt Bochum
Dezernat für Soziales,
Jugend und Gesundheit
Britta Anger
Tel: 0234/910 – 3101
Fax: 0234/910 – 1364
Mail: Sozialkonferenz@bochum.de

Die Sozialkonferenz wird veranstaltet von:



In Kooperation mit:



Veranstaltungsort

Synagoge Bochum
Erich-Mendel-Platz 1
44791 Bochum

Anreiseinformationen
finden Sie unter
www.jg-bochum.de

 **BOCHUM**



Soziale Stadt stärken

Teilhabechancen ermöglichen

Einladung zur
1. Bochumer Sozialkonferenz
am 04. Juli 2019

2. Einführung

Liebe Leserin, lieber Leser,



**Sozialdezernentin
Britta Anger**

die Situation von armen und armutsgefährdeten Menschen stand im Fokus der 1. Bochumer Sozialkonferenz am 4. Juli 2019. Ausgangspunkt war der aktuelle Sozialbericht Bochums 2018, der sich schwerpunktmäßig mit dem Thema Armut beschäftigt. Dabei kommt Armut in verschiedenen Lebensabschnitten und in Verbindung mit Arbeitslosigkeit, Gesundheit und Wohnen zur Sprache. Für die Betroffenen ist eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nur mit Einschränkungen, manchmal auch gar nicht möglich.

Im Rahmen der Bochum Strategie entstand dann die Idee, sich der Lebenssituation dieser Personengruppe auf einer Sozialkonferenz anzunehmen. Ich freue mich sehr darüber, dass unterschiedlichste Interessens- und Betroffenenvertretungen der Einladung des Sozialdezernats und des Jobcenters in Kooperation mit Bochumer Verbänden in die Räume der jüdischen Gemeinde so zahlreich gefolgt sind und angeregt und zielgerichtet über dieses Thema diskutiert haben.

Dies geschah – nach zwei Input-Referaten und einer Podiumsdiskussion – in fünf verschiedenen Foren zu den Themen

- Teilhabechancen für Kinder und Jugendliche stärken,
- Teilhabechancen für Erwachsene stärken,
- Teilhabechancen für ältere Menschen stärken,
- Gesundheit fördern und
- Wohnen verbessern

mit der Entwicklung von konkreten Maßnahmen.

Mit der vorliegenden Ergebnisbroschüre möchten wir einerseits die 1. Sozialkonferenz dokumentieren, andererseits die Ergebnisse bündeln und einen Ausblick geben, wie diese weiterverarbeitet werden.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Britta Anger

Stadträtin für Soziales, Jugend und Gesundheit
Stadt Bochum

3. Impulsreferat von Herrn Prof. Dr. Uwe Becker

Armut braucht Solidarität

Vortrag anlässlich der 1. Bochumer Sozialkonferenz



Sehr geehrte Damen und Herren,

Armut braucht Solidarität, der Titel gibt reichlich Fragen auf. Diese betreffen weniger die Listung der wachsenden Armutsphänomene in Deutschland, zu denen ich gleich noch in aller gebotenen Kürze ein paar Worte sagen will. Es betrifft eher die Frage, was genau bitte denn Solidarität bedeutet und wer denn das hier anzusetzende Subjekt dieser Solidarität sein soll und schließlich, was sie denn konkret bewirken soll?

Erlauben Sie mir daher zunächst anhand einiger wesentlicher Armutsindikatoren einen summarischen Blick auf die Armutsentwicklung in Deutschland, in der sich übrigens die Situation in Bochum an vielen Stellen spiegelt. Für diesen Überblick bemühe ich vier m.E. wesentliche Berichte, nämlich den fünften Reichtums- und Armutsbericht der Bundesregierung, den Bericht des Paritätischen Gesamtverbandes von

2017, eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zur Kinderarmut und den Kommunalen Finanzreport der Bertelsmann Stiftung von 2017.

1. Armutsindikatoren und ihre Dynamik – eine Bilanz

1.1 Arbeit ist auch nicht mehr das, was sie mal war

Wir verzeichnen gegenwärtig das große Narrativ der „Erfolgsbilanz Deutschland“. Der jüngste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung bilanziert diesbezüglich: „Zehn Jahre nach Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise steht Deutschland heute – insbesondere auch im internationalen Vergleich – sehr solide da. Kontinuierliches Wirtschaftswachstum, die höchste Beschäftigtenzahl und niedrigste Arbeits-

Armut braucht Solidarität

Vortrag anlässlich der 1. Bochumer Sozialkonferenz

losigkeit seit der deutschen Einheit sowie steigende Reallöhne, zuletzt vor allem für Geringverdienende, sind ein weiterer Ausdruck dieser ökonomischen Stabilität.“

Dieses nationale Narrativ, „Deutschland steht solide da“, dominiert die öffentliche Wahrnehmung. Was hier nicht zur Sprache kommt (und im Armuts- und Reichtumsbericht auf über 600 Seiten sicher auch nicht von vielen ernsthaft verfolgt wird), sind die vielen Hinweise, dass Stabilität auch die Schere zwischen armen und reichen Bevölkerungsschichten meint, dass sie auch die Armutsrisikoquote, die Kinder- und Altersarmut, die prekäre Kassenlage vieler Kommunen usw. meint. „Stabil“ ist diesbezüglich teilweise auch die Zunahme dieser Ungleichheit. Eine „Durchschnittsbetrachtung“ verfällt jener Logik, die der schottische Ökonom Mark Blyth einmal folgendermaßen beschrieben hat: Wenn „Bill Gates eine Bar betritt“, dann „ist jeder im Raum Anwesende plötzlich Millionär, weil das Durchschnittsvermögen schlagartig ansteigt. Das ist statistisch richtig, aber empirisch bedeutungslos“ (Blyth, Mark (2014): Wie Europa sich kaputtspart. Die gescheiterte Idee der Austeritätspolitik. Bonn S. 31).

Daher nun einige Anmerkungen, zunächst zur Dynamik des Arbeitsmarktes. Die im Bericht der Bundesregierung bezifferte Arbeitslosenzahl in Höhe von 2,7 Millionen Personen ist bereinigt um diejenigen, die offiziell nicht als Erwerbstätige zählen (die Statistik der Bundesagentur nennt sie „weitere Unterbeschäftigte“, sie tauchen aber in anderen Statistiken auf). Es handelt sich dabei um etwa 1 Millionen Personen, erwerbsfähig und arbeitslos.

Diese „Arbeitsmarkterfolge“ bilden sich aber in keiner Weise in der Armutsrisikoquote ab. Sie hat sogar noch 2014 einen leichten Anstieg erfahren und liegt bei 16 Prozent! Was nicht weiter verwundert, denn die Niedriglohnquote liegt insbesondere in den neuen Bundesländern erschreckend hoch bei 35 Prozent, im „Westen“ bei 19 Prozent, insgesamt bei 22,6 Prozent, was nominell sogar einen Anstieg bedeutet auf etwa 7 Millionen Beschäftigte. Hinzu kommt, dass wir in den unteren vier Einkommensdezilen auch in Zeiten des durchschnittlich deutlichen Reallohnzuwachses deutliche Einkommensverluste über die letzten Jahre hinweg verzeichnen (Reallohneinbuße). Die Zahl der auf Mindestsicherungsleistung angewiesenen Perso-

nen bleibt konstant hoch bei sieben bis acht Millionen, was wesentlich durch die teilweise wachsende Zahl derer bedingt ist, die ergänzende Leistungen aus dem Rechtskreis des SGB II erhalten, die sogenannten Aufstocker. Viele neu in den Arbeitsmarkt hinzutretene Beschäftigte erhalten einen Lohn unterhalb des soziokulturellen Minimums, teilweise auch, weil sie nur in Teilzeit arbeiten. Die Quote der Langzeitarbeitslosigkeit verharrt konstant bei 37 Prozent und zwar trotz einer hohen Fluktuation, das heißt, dass Langzeitarbeitslosigkeit ein Strukturproblem ist, dass sich nicht auf eine begrenzte konstant identifizierbare Personengruppe bezieht.

1.2 Kinderarmut steigt

Trotz der Meldungen über das deutliche und erfolgreiche Wachstum der deutschen Wirtschaft, ist im Bereich der Kinderarmut keine Änderung der Situation eingetreten, im Gegenteil. Die Quote der Kinder in Armut, die im Armuts- und Reichtumsbericht eher bagatellisiert wird, wird nochmals in einer von der Bertelsmann Stiftung in Auftrag gegebenen Studie des IAB deutlich bei knapp einem Viertel angesetzt und zugleich wird methodisch der Blick erweitert. Danach ist nicht nur dieses Viertel von Armut betroffen. Darüber hinaus gibt es deutlich mehr Kinder, die gelegentliche oder auch längere Erfahrungen von familiärer Armut machen. Insgesamt kommt das IAB auf eine Quote von 42 Prozent, die in einem Zeitraum von fünf Jahren gelegentlich, regelmäßig bis kontinuierlich die Erfahrung von Armut gemacht haben. Nur 58 Prozent befanden sich in diesem fünfjährigen Zeitraum in einer durchgängig gesicherten Lebenslage!

Kinderarmut fokussiert sich zielgruppenspezifisch. Besonders betroffen sind Alleinerziehende mit einem, noch stärker mit mehreren Kindern, Familien mit zwei Elternteilen und drei und mehr Kindern sowie Familien mit Kindern, die selber Migrationserfahrung haben (oder auch nur einen Migrationshintergrund).

Besonders hoch ist der Anteil von Kindern in Armut in Bedarfsgemeinschaften. Die Zahl ist entweder in den letzten Jahren stagniert oder gar, wie bei Kindern unter 15 Jahren, deutlich angestiegen. Trotz dieser strukturellen Ursache von oftmals verfestigter Kinder-

armut ist keine Debatte zu erkennen, dass die Verrechnung des Kindergeldes mit den Leistungen des SGB II wenigstens anteilig aufgehoben wird.

Das Bildungssystem in Deutschland ist für Familien im unteren Einkommens- und Bildungssegment wenig offen nach oben. Bildungsabschlüsse von Eltern werden tendenziell bei den Kindern reproduziert. Selbst bei eindeutig attestierter Gymnasialeignung gehen von diesen Kindern aus Elternhäusern ohne Hochschulbildung zehn Prozent weniger auf das Gymnasium als leistungsbezogen vergleichbare Kinder aus Elternhäusern, in denen beide Eltern einen Hochschulabschluss haben.

1.3 Altersarmut wird sichtbar

Die Zahl der Menschen die Grundsicherung im Alter beziehen (überwiegend Kosten der Unterkunft im Alter) hat sich seit 2003 mehr als verdoppelt von 257.734 (2003) auf 536.121 (2015). Die Durchschnittsbetrachtung einer insgesamt relativ armutsfesten Alterssicherung, mit einer Armutsquote unterhalb der Vergleichszahl der Restbevölkerung, übersieht die erhebliche Spreizung des Rentenniveaus mit einer stark ansteigenden Kohorte von Neuzugängen an Rentnerinnen und Rentnern, die unter 600 Rente aus der GRV beziehen, nämlich nahezu 30 Prozent der Männer in den alten Bundesländern und nahezu 60 Prozent der Frauen. Auch wenn weitere Einkünfte oder betriebliche Zusatzrenten in nicht wenigen Fällen ergänzend hinzutreten, ist das doch ein Indiz für eine steigende Altersarmut.

Entscheidend ist nicht der Ist-Stand, sondern die deutlich sich abzeichnende Dynamik einer stark wachsenden Altersarmut bedingt durch die Etablierung eines Niedriglohnsektors und die Tatsache, dass zum Beispiel die Kohorte der geburtenstarken Jahrgänge langjährige Phasen hoher Arbeitslosigkeit erlebt hat.

Kontrafaktisch dazu ist die für den Bezug des vollen Rentensatz erforderliche Lebensarbeitszeit auf 45 Jahre bei Verlängerung des Eintrittsalters auf 67 Jahre und das Ganze mit einer stetigen Deckelung des Rentensatzes auf etwa 45 Prozent (2003 waren es noch 59 Prozent). Übrigens kommt hinzu, dass diese Rentensumme auch dynamisch besteuert wird

und ab 2040 mit 100 % Steuern belegt wird. Allein die Abschläge für versäumte Jahr der erworbenen Anwartschaften sind schon enormes Problem und eine Altersfalle für diejenigen, denen das „Durchhalten“ ein besonderes Problem ist, insbesondere für Beschäftigte im Baugewerbe oder in Gesundheitsberufen, zum Beispiel in der Pflege.

Auf dem Hintergrund dieser Dynamiken und absehbaren Entwicklungen ist es bemerkenswert, dass der Armuts- und Reichtumsbericht wenig Problembewusstsein zeigt und Befürchtungen bezüglich einer steigenden Altersarmut eher als ein Wahrnehmungsproblem der Bevölkerung betrachtet.

1.4 Wohnsitz- und Obdachlosigkeit

Es ist bezeichnend, dass es keine offizielle regierungsamtliche Erfassung zur Zahl und den Lebensumständen von Menschen mit Wohnungslosigkeit gibt (man stelle sich das vergleichsweise für Bereiche wie „Familie“, „Arbeitsmarkt“ oder „Steuer“ vor). Die wenigen Seiten im Armuts- und Reichtumsbericht beziehen sich hauptsächlich auf die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAGW). Zudem wird das Thema Wohnungslosigkeit und Flüchtlinge nicht erwähnt.

Die dramatische Entwicklung für Wohnungslose durch die hinzukommende Zahl von Flüchtlingen, die sich für das Jahr 2017 auf 860.000 Menschen erstreckt, wird von der BAGW noch dramatischer prognostiziert auf tendenziell 1,2 Millionen Menschen bis Ende 2019.

Zwei wesentliche Ursachen für die hohe Zahl der Wohnungslosen sind der massive Abbau von Sozialwohnungen (allein um 60 Prozent seit 1990) in Verbindung mit der Veräußerung kommunaler Flächen an private Investoren und die Verdrängung kaufkraftarme Bevölkerungsteile durch kaufkraftstarke in Verbindung mit deutlichen Mietpreissteigerungen. Es gibt eindeutig einen sehr großen Mangel an Kleinwohnungen in Höhe von mindestens 2,7 Millionen.

Von den „einheimischen“ Menschen ohne Wohnung sind 52.000 völlig ohne Unterkunft, das ist eine Steigerung gegenüber 2014 um 33 Prozent. Darüber

Armut braucht Solidarität

Vortrag anlässlich der 1. Bochumer Sozialkonferenz

hinaus lebt eine nicht genau erfassbare Zahl von Menschen in Baracken, Gartenhäusern oder Wohnwagen oder sie sind in Unterküften der Wohnungslosenhilfe untergebracht.

Zu den Wohnungslosen kommen diejenigen hinzu, die von Wohnungslosigkeit akut bedroht sind, sei es durch Kündigung durch den Vermieter, Räumungsklagen, Zwangsräumungen oder aus Gründen der sozialen Eskalation und Gewalt.

Obwohl es kommunale Aufgabe ist, Menschen ohne Wohnsitz und Obdach in Notunterkünften unterzubringen, sind die Standards für diese Unterbringungen (wenn sie denn zahlenmäßig überhaupt reichen) nicht fest fixiert. In Zeiten, in denen es reihenweise Verordnungen über den baulichen und hygienischen Standard von Krankenhäusern, Pflegeheimen, Schulen usw. gibt, ist dies doch bemerkenswert.

Angesichts dessen verwundert nicht die Einschätzung, dass eine nicht selten jahrelange Unterbringung und Verweildauer in einer Obdachlosenunterkunft eher Wohnungslosigkeit verfestigt und sozial isoliert.

Die gesundheitliche Versorgung von Menschen ohne Wohnung ist deutlich beeinträchtigt, sei es durch die Tatsache, dass kein Geld für nicht rezeptpflichtige Medikamente da ist, sei es, dass die Nachbehandlung nach einem Krankenhausaufenthalt aufgrund der kalkulatorisch knapp bemessenen Diagnosis Related Groups (DRGs) nicht wirklich häuslich solide gegeben ist.

1.4 Öffentliche Armut

Für die Kommunale Finanzsituation und ihre Gestaltungskraft sind die Einnahmen aus der Gewerbesteuer, der anteiligen Lohn- und Einkommenssteuer, der Grundsteuer und der anteiligen Umsatzsteuer entscheidend.

Kommunen mit nur geringer Wirtschaftskraft (gemessen an BIP pro Kopf) stehen oft in einer fatalen Kettenreaktion der Armutverschärfung: Eine schwache wirtschaftliche Infrastruktur provoziert eine hohe Zahl an Menschen in Arbeitslosigkeit und damit eine gesteigerte SGB-II-Quote, die wiederum die kommu-

nen Kassen (insbesondere Kosten der Unterkunft) belastet. Hinzu kommt eine entsprechend hohe Zahl von Kindern mit Sozialgeldtransfer, einem, wenn auch nicht dem einzigen Indikator von Kinderarmut (was wiederum die Ausgaben der Kinder- und Jugendhilfe der Kommunen erhöht). Die oft einhergehende Verschuldung der Städte lässt auch die Investitionen in die öffentliche Infrastruktur defizitär werden. Die sinkende Attraktivität dieser Kommunen führt in Zeiten des demografischen Wandels und der Bevölkerungsabnahme auch zu einem aktiven Wegzugsverhalten bzw. einem per Saldo negativen Zuzugsverhalten, so dass weitere Einnahmen über die anteilige Lohn- und Einkommenssteuer sinken.

Die Spirale aus sinkenden Einnahmen und erhöhten Sozialaufwendungen führt in Ballungsräumen beispielsweise im Ruhrgebiet, aber auch in Wuppertal, Remscheid oder Hagen in NRW zu einer Kumulation von verschärfter öffentlicher Armut. Die Versuche, über hohe Hebesätze der Gewerbesteuer Mehreinnahmen zu generieren, erweisen sich angesichts der interkommunalen Konkurrenz bezüglich der Ansiedlung von Unternehmen oft als kontraproduktiv.

Haushalte, die wegen der Verschuldung unter Sicherung stehen, sind in ihrer Kompetenz zur Verausgabung freiwilliger Leistungen stark eingeschränkt, zumal die Pflichtleistungen oft überproportional hoch sind. Entsprechend haben gerade solche Kommunen die höchsten Elternbeiträge in den Kitas, sparen an der Frequenz der Öffentlichen Verkehrsmittel (was wiederum die Mobilität verschlechtert), veräußern kommunale Grundstücke an Investoren, reduzieren beim sozialen Wohnungsbau usw. und können den Investitionsstau nicht auflösen, vielmehr wird er oft noch verstärkt.

Von einer gemäß § 72 GG verankerten Vergleichbarkeit der Lebenslagen im Bundesgebiet kann keine Rede sein. Die 10 Kommunen in NRW und in Rheinland-Pfalz mit den bundesweit höchsten Kassenkrediten weisen eine derart defizitäre öffentliche Infrastruktur vor, wie sie für Menschen aus dem bayerischen Eichstätt völlig unvorstellbar ist. Über die Lebensqualität insbesondere der Kinder entscheidet immer mehr die Frage, in welcher Stadt oder auch in welchem Quartier sie wohnen und aufwachsen.

Wenn man sich auf dieser Hintergrundmatrix die analytischen Daten zu Bochum vergegenwärtigt wie sie in dem, wie ich finde, hervorragenden Sozialbericht von 2018 abgebildet sind, so bestätigt sich im Lokalen vieles von dem, was jene Berichte flächendeckend anzeigen, wozu Frau Anger gleich noch einige Anmerkungen machen wird.

Das soll genügen, um die Frage zu stellen: Was machen wir nun damit? Dieser Sozialbericht ist nicht der erste, den ich lese und kommentiere, die Armutsproblematik ist seit zwanzig Jahren mein Thema und ihr scheint es mit Blick auf die Resonanz des Publikums, die zeitweilig auch etwas leidet und der Last des Zahlenwerkes, so zu gehen, wie es Herbert Grönemeyer in einem seiner Lieder besingt: „Wie eine Herde Kühe schauen wir kurz auf und grasen dann gemütlich weiter.“ Dass Sie nun der Gemütlichkeit abschwören und über Handlungs- und Gestaltungsräume diskutieren, das Thema der Tabuisierung entziehen wollen, ist, wenn ich mir erlauben darf, das zu sagen, schon ein Wert in sich.

2. Wir brauchen Solidarität

Einer der Väter der Soziologie Emile Durkheim hat in einem seiner Werke differenziert zwischen der mechanischen und der organischen Solidarität. Die mechanische kennen wir überwiegend auch heute noch, etwa in der Form, dass Eltern für ihre Kinder sorgen und dies auch oftmals über die Zeit der häuslichen Präsenz im Studium oder dergleichen mehr. Von einer gewissen religiös stimulierten Mechanik war auch die mittelalterliche Almosengabe des Händlers geleitet, der den am Wegesrand bettelnden Zeitgenossen nicht unbedacht ließ. Wusste er doch nicht, ob jener Bettler, frei nach Matthäus 25, nicht die Inkarnation des Gekreuzigten selbst ist, eingedenk der Worte: „Was ihr diesem einer meiner Geringsten nicht getan habt, das habt ihr auch mir nicht getan.“ Also, lieber geben als sich das Seelenheil verscherzen, zumal der Bettler in der Regel für den Geber eine Fürbitte versprach und sich insofern eine heilökonomische Win-Win-Situation darstellte. Durkheim unterscheidet davon die organische Solidarität einer Gruppe, eines Volkes innerhalb eines Staates oder gar einer Staatengemeinschaft, die deutlich komplizierter und fragiler ist. Das mittelalterliche Dorf kannte noch die subsidi-

äre Mitversorgung der Mittellosen, kannte noch die Allmende als das Gemeinschaftsgrundstück aller Dorfbewohner, auf dem auch die Landlosen ihre Ziege weiden lassen konnten usw. Fatal sind diese subsidiären Beziehungen im Zeitalter der Industriellen Revolution zerborsten und die massenhafte Pauperisierung des Proletariats drängte auf ein System der kollektiven, sozialen Sicherung in Form von Kassen für die Fälle des Alters, der Krankheit, Invalidität und Arbeitslosigkeit, für lange Jahre mit Erfolg. Aber, das hatte auch seinen Preis: Abgaben waren nun bezüglich der Zweckverwendung anonymisiert. Solidarität wurde zur Abstraktion, war doch keineswegs mehr erkennbar, wer im Einzelfall der von mir eingezahlte Betrag zugutekommt.

Für viele Bürgerinnen und Bürger dieses Landes klingt der Begriff Solidarität inzwischen verdächtig nach dem Imperativ einer Zahlungsaufforderung. Der Solidaritätszuschlag erschien je länger, desto mehr eine systematisch gelungene Weise den Begriff der Solidarität zu entwerten, quittiert er doch ärgerlich auf dem Gehaltszettel eine Abgabeleistung, von der nicht wirklich klar ist, für wen und was genau davon eigentlich gezahlt wird. Ein klassisches Problem der Anonymität moderner Sozialstaaten ist genau diese Diffusität bezüglich der Zweckverwendung von Abgabeleistungen: Welcher Rentner oder welche Rentnerin konkret von meiner Rentenversicherungsleistung die Rente bezieht, welche ärztliche Leistung für wen von meinem Krankenkassenbeitrag erbracht wird, welche Person in Arbeitslosigkeit ihr Arbeitslosengeld I unter anderem auch aus meinem Beitrag erhält, das bleibt verborgen, wird nicht transparent und bietet auch Einfallstore für das kritische Hinterfragen von erworbenen Leistungsansprüchen. Erinnern wir uns nur an die vor der Rentenreform geführten Debatte um die sogenannte intergenerative Gerechtigkeit: Der Druck auf die Etablierung einer ergänzenden privaten, unter dem bezeichnenden Begriff der „Eigenverantwortung“ eingeführten Zusatzversicherung, die Senkung des Renteneckwertsatzes, die Verlängerung der Lebensarbeitszeit und die sukzessive Anhebung der Rentenbesteuerung auf 100 Prozent wurden allesamt gerechtigkeitstheoretisch begründet und den Älteren abverlangt, sie müssten, solidarisch mit den Jüngeren, angesichts demografisch proportional zurückgehenden Quoten der Einzahler ihre Solidarität durch verminderte Rentenerträge unter Beweis

Armut braucht Solidarität

Vortrag anlässlich der 1. Bochumer Sozialkonferenz

stellen. Die Problematik der Anonymität der von ihrem Wesen nach solidarischen Versicherungssystemen wird hier also nochmals verschärft durch die moralisch aufgebaute Einforderung einer Solidarität innerhalb der Gruppe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bei gleichzeitiger Tabuisierung, einen Systemwandel zu vollziehen und beispielsweise Beamtinnen und Beamten aus dieser Solidaritätsleistung zu entlassen. Sie beziehen bis heute gut 71 Prozent Pensionsleistung. Diese Anonymität hat den Preis permanenter Blockade.

Natürlich wäre es m.E. richtig, den Kommunen Infrastrukturmittel zur Verfügung zu stellen, von denen klar ist, dass sie aus eigener Kraft die notwendige und die Vergleichbarkeit von Lebenslagen in den Kommunen einigermaßen herstellende Perspektive nicht eröffnen können. Ich bin nach meiner Erfahrung auch nicht sicher, ob die kommunalen Spitzenverbände hier mit einer Stimme sprechen, weil die Interessen des Städtetages, des Städte- und Gemeindebundes und des Landkreistages keineswegs deckungsgleich sind. Natürlich wäre ordnungspolitisch, möglicherweise über eine Vermögenssteuereinführung eine Grundrente einzuführen, eine Maßnahme, um der Altersarmut entgegenzuwirken. Und natürlich müssten wir auch diskutieren, welche Art von finanzieller und infrastruktureller Förderung der Kinderarmut entgegenwirken kann, aber es gibt keine ordnungspolitische Lobby, die beispielsweise die verrechenbare Nachrangigkeit des Kindergeldes mit dem Sozialgeld abzuschaffen bemüht wäre, um auch für Bedarfsgemeinschaften das Kindergeld zu zahlen. Diese Diskussionen leiden immer wieder an jener Form der Anonymität, die teillobyistische Gruppen produziert. Dabei wäre genau an diesen ordnungspolitischen Stellen die Stellschrauben zu drehen, die die Misere einer zunehmenden Verschärfung der Armutsdynamik strukturelle entgegenwirken könnten. Eine Stadt wie Gelsenkirchen mit durchschnittlich 39 Prozent Kinderarmut, einer hohen Arbeitslosenquote, einer hohen Ausgabenquote im SGB-II wie auch im SGB-VIII-Kreis, viel zu geringen Einnahmen durch Gewerbe – und Lohnsteuer ist es einfach nicht möglich, aus eigener Kraft diesem Dilemma zu entweichen. Für Bochum möchte ich da keine Prognose wagen und wünsche Ihnen nur das Beste.

3. Was können die Kommunen tun?

Was können die Kommunen angesichts dieser Misere tun? Zunächst, sicher und das penetrant, auf die Veränderung jener ordnungspolitischen Verwerfungen hinarbeiten, die zwar vom Bund beschlossen worden sind, aber kommunal auflaufen und die Lebens- und Armutslage vor Ort malträtieren. Aber der alleinige Ruf nach Berlin ist sicher nicht das alleinige Mittel der Wahl. Der Wirkungsgrad kommunalen Handelns ist auf der einen Seite bescheidener, weil er nicht substanziell die materiellen Verhältnisse der Bürgerinnen und Bürger optimieren kann. Die Kommune haben nun einmal in unserem föderalen System keine ordnungspolitische Gestaltungskraft, aber sie haben eine andere Chance, die das Thema Solidarität betrifft. Die Crux der Anonymität, die bei 83 Millionen Bürgerinnen in Bürgern so wenig zum Aufbau von solidarischen Strukturen beiträgt und jeweils am Windfang der jeweiligen parteipolitischen Großwetterlage hängt, kann kommunalpolitisch durchbrochen werden. Wo Steuerabgaben und Solidarleistungen der Kassen wenig Transparenz aufweisen und sich daher ihre Plausibilität immer kritisch befragen lassen muss, kann die Kommune Transparenz, Plausibilität und für die Bürgerinnen und Bürger eine erfahrbare Wirkungseffizienz herstellen. Der Anknüpfungspunkt ist dabei ihre Identität als Bürgerinnen und Bürger der jeweiligen Stadt. Was im Fußball gelingt, kann auch in Solidaritätsfragen der Alltagskultur gelingen. Wenn Menschen erfahren, wozu ihr Einsatz als Bochumer Bürgerin und Bürger, ihre Spenden, ihr Beitrag in einem Förderverein, ihre Zeit, die sie geben und teilen, dient, wenn sie erfahren, welchen Nutzen, welche Inspiration andere dadurch erfahren, welche konkreten Menschen im Einzelfall dadurch Gutes und Lebenshilfreiches zuteilwird, dann ist die Motivation zur Solidarität deutlich höher und zudem selbstbestimmter, es gibt keine Verordnung von Solidarität von Amts wegen. Ich halte sehr viel davon, wenn Quartierentwicklungsprojekte wirklich „bottom up“ gestaltet werden, durch aktive Selbstorganisation von Bürgern und Bürgerinnen. Ebenso Straßenfeste, lange Tische, Erzählcafés oder Telefonnetze wie silverphone, die anderen Menschen in Einsamkeit einen verlässlichen Telefongesprächspartner vermitteln. Es gibt zahlreiche kommunale Beispiele dafür, wie Strukturen der

Isolation und der Vereinsamung durchbrochen werden können und ich kann hier nur andeuten, dass die materielle Seite der Armut nur eine, wenn auch nicht unwesentliche ist. Viele Menschen in Armut leiden aber auch an der emotionalen Armut, Tendenzen der Vereinsamung, der Selbstentwürdigung und der mangelnden Erfahrung von Community. Die „Ökonomie der Aufmerksamkeit“, von der der Soziologe Andreas Reckwitz in seinem Buch „Gesellschaft der Singularitäten“ spricht, ist teilweise sehr restriktiv, wenn es um die Zuerkennung von Anerkennung geht und da fallen reichlich Menschen durch das Netz hindurch. Nur, wenn wie in Bochum eine Armutsrisikoquote von 20 Prozent besteht, wenn jeder fünfte Bürger und jede fünfte Bürgerin in einer latent oder auch aufdringlich von Armut bedrohten Situation lebt, dann ist das keine marginalisierbare Minderheit mehr und sicher auch keine, der man irgendwie mit einem fürsorglichen Sozialimpuls begegnen müsste oder sie kollektiv als Objekte von caritativ-diakonischem Handeln stilisieren müsste. Die Armutslage mag sich hier und da bei bestimmten Zielgruppen konzentrieren, aber sie diffundiert, sie wird zu einem Allgemeingut potenzieller Betroffenheit, sie wird daher politisierbar und zum Impulsgeber im Kontext bürgerlicher Mobilisierung, aber sie muss auch aktiv, provokant und einladend thematisiert werden. Sie darf keiner verschämten Tabuisierung durch die Kommunalpolitik unterliegen, sie muss raus aus der Schmutz-Ecke.

Natürlich ist das nur eine, hier nur angedeutete Ebene der bürgerlichen Vernetzung und bedarfsorientierten Gestaltung von Quartierskommunikation, die für die Kommune allenfalls mit invasiven Kosten verbunden ist. Beeindruckend finde ich immer noch das seit Jahren etablierte Haus der Eigenarbeit in München: Gestiftet von einem Erben des Unternehmens Vorwerk, ist hier ein Kultur- und Arbeitszentrum entstanden, in dem verrentete Handwerker, ob Schreiner, Elektriker, Fliesenleger usw. ehrenamtlich an einem zur Verfügung gestellten Maschinenpark Menschen anlernen, Mobiliar oder andere Gebrauchsgüter für den alltäglichen Bedarf unter Anleitung herzustellen, das Ganze lediglich zum Preis der Materialkosten. Hinzu kommt ein Kultur- und Begegnungscafé für alle ohne Unterschied, aber zu sehr moderaten Kosten. Die Diakonie in Düsseldorf hat in Kooperation mit

einem Unternehmen aus dem Gesundheitswesen, ein hoch professionelles, am Bedarf der Betroffenen ausgerichtetes Konzept der leiblichen und seelischen Stärkung für wohnungs- und obdachlose Menschen aufgebaut, das Konzept Zeit:Raum:Gesundheit, was schon andeutet, dass Kommunen nicht selten Wege gehen, mit Stiftern und Unternehmen gemeinsam Projekte zu gestalten.

Ich kann das alles hier nur andeuten und alles andere würde vielleicht auch keck und besserwisserisch wirken, zumal ich dem Sozialbericht sehr wohl entnommen haben, dass Sie an vielen Stellen und mit reichlich Projekten unterwegs sind. Es ist ein hohes Gut, dass ein Bochumer Bündnis für soziale Gerechtigkeit u.a. mit der freien Wohlfahrtspflege sich mit der Stadt und dem Jobcenter gemeinsam zu einer Sozialkonferenz zusammenfindet. Dazu möchte ich Ihnen gratulieren und wünsche Ihnen, dass es gelingt perspektivisch den Kreis zu erweitern und die Bürgerschaft insgesamt einzubeziehen, ihre Ideen zur Gestaltung der Zukunft Bochums einzubringen. Vielleicht ist es mir ja gelungen, Ihnen ein wenig Mut zu machen, solche Begegnungen wie heute zu intensivieren.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

4. Faktencheck Sozialdezernentin Frau Britta Anger



Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich willkommen auf unserer 1. Sozialkonferenz in Bochum: „Soziale Stadt stärken - Teilhabechancen ermöglichen“.

Ich will jetzt den Spagat wagen, zum einen in einem kurzen Faktencheck, auf der Grundlage unseres Sozialberichtes 2018 die soziale Entwicklung in Bochum zu beschreiben, zum anderen beispielhaft skizzieren, welche Angebote wir für armutsgefährdete und arme Menschen bereits vorhalten.

Die soziale Lage in Bochum auf einen Blick können Sie auch dem ausgeteilten Flyer entnehmen.

Professor Becker hat eben die Frage gestellt, was wir mit den Daten der Sozialberichte anfangen und ich möchte zunächst mit einem Zitat von Michael Ende aus seinem Buch Momo antworten, von Beppo dem Straßenkehrer:

Siehst Du, Momo', sagte er, 'es ist so: Manchmal hat man eine sehr lange Straße vor sich. Man denkt, die ist so schrecklich lang, die kann man niemals schaffen, denkt man.'

Er blickte eine Weile schweigend vor sich hin, dann fuhr er fort:

„Und dann fängt man an, sich zu eilen. Und man eilt sich immer mehr. Jedes Mal, wenn man aufblickt, sieht man, dass es gar nicht weniger wird, was noch vor einem liegt. Und man strengt sich noch mehr an, man kriegt es mit der Angst zu tun, und zum Schluss ist man ganz aus der Puste und kann nicht mehr.

Und die Straße liegt immer noch vor einem. So darf man es nicht machen!'

Er dachte einige Zeit nach. Dann sprach er weiter: 'Man darf nie an die ganze Straße auf einmal denken, verstehst Du? Man muss nur an den nächsten

Schritt denken, den nächsten Atemzug, den nächsten Besenstrich. Und immer wieder nur den nächsten.'

*Wieder hielt er inne und überlegte, ehe er hinzufügte:
,Dann macht es Freude; das ist wichtig, dann macht man seine Sache gut. Und so soll es sein.'*

Ausgangspunkt meines Faktenchecks ist die Bochumer Bevölkerungsanzahl.

Erfreulicherweise ist die Anzahl der Bochumer Bevölkerung seit 2015 wieder gewachsen, zum 31.12.2018 lebten in Bochum knapp 371.000 Menschen, davon 82.670 mit Migrationshintergrund.

Natürlich haben die demografischen Veränderungsprozesse, die zu veränderten Haushaltsstrukturen und familiären Konstellationen führen, auch vor Bochum nicht Halt gemacht. Typisch für Großstädte ist die Dominanz der Ein-Personen-Haushalte – 95.100 und damit knapp die Hälfte sind es auch in Bochum.

Nur in knapp 17 % der insgesamt 195.000 Haushalte leben ein und mehrere minderjährige Kinder, die in Bochum noch überwiegend in der traditionellen Familie aufwachsen.

Um auf unser heutiges Thema zu kommen, schauen wir uns zunächst die Armutsgefährdungsquoten an:

Armut wird in unserem Sozialbericht 2018 aus dem Blickwinkel der relativen Einkommensarmut betrachtet. Die will ich jetzt gar nicht erklären, sondern Ihnen nur die Größen nennen.

Die Armutsschwelle lag im Jahr 2017 bei einem Einpersonenhaushalt bei 968 Euro; bei Haushalten mit 2 Erwachsenen und 2 Kindern bei 2.034 Euro im Monat. Richten wir unseren Blick jetzt auf Menschen im erwerbsfähigen Alter, auf Kinder und alte Menschen.

Menschen im erwerbsfähigen Alter im SGB II Bezug:

Insgesamt haben in Bochum 45.800 Menschen zum 31.12.2017 Arbeitslosengeld II und Sozialgeld bezogen, davon im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren 33.300 Menschen, hälftig Frauen und Männer.

Hinter diesen nüchternen Zahlen verbergen sich aber auch oft Menschen, die arm trotz Arbeit sind. Insgesamt 7.500 Menschen, etwas mehr als jeder 5., bezieht trotz Ausübung einer Erwerbstätigkeit Leistungen durch das Jobcenter.

Working poor wird hier zur Tatsache, ein Arbeitsplatz garantiert heute nicht unbedingt ein auskömmliches Einkommen oder um mit Professor Beckers Worten zu sprechen: „Arbeit ist auch nicht mehr das, was es einmal war“.

Wie stellt sich die Stadtgesellschaft dieser Herausforderung?

Blicken wir zunächst aufs Jobcenter:

Die Integrationsarbeit des Jobcenters Bochum liegt 2019 insbesondere auf 3 Personengruppen: Menschen im Langzeitbezug (auch Familien und Alleinerziehende), Flüchtlingen und junge Menschen.

Das Jobcenter nutzt seit diesem Jahr das zum 1. Januar in Kraft getretene Teilhabechancengesetz, um Langzeitbeziehende zu erreichen. Insbesondere eine Förderung nach § 16i SGB II „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ bietet Langzeitarbeitslosen ab 25 Jahren eine Chance auf eine fünfjährige Förderung. Für 420 Betroffene in Bochum soll dies in 2019 gelingen.

Neben den Beschäftigungsangeboten der Bochumer Träger soll die geplante kommunale Beschäftigungsgesellschaft auch bei den Stadtämtern Beschäftigung für langzeitarbeitslose Menschen organisieren. Um Arbeitslosigkeit nicht nur zu verwalten, ist es genauso wichtig, gut bezahlte, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze für Frauen und für Männer zu schaffen.

Und hier will ich nur eine Meldung vom 1.3.2019 der Bochumer Wirtschaftsentwicklung vorlesen: „Tolle Nachrichten für Bochum am Jobmarkt: Die Stadt verzeichnet sehr gute Zuwächse in den Zukunftsbranchen Digitale Kommunikation, Bildung und Wissen sowie Gesundheitswirtschaft. Innerhalb eines Jahres konnte die Zahl der Beschäftigten in diesen drei Bereichen um 1.800 gesteigert werden.“

Betrachten wir nun die Kinder und Jugendlichen und die Kinderarmut in Bochum:

Zunächst einmal:

Rund 54.000 Kinder und Jugendliche leben in Bochum, die Anzahl der Neugeborenen steigt erfreulicherweise wieder an.

Faktencheck Sozialdezernentin Frau Britta Anger

Herr Professor Becker hat in seinem Referat die Hintergründe zur Kinderarmut betrachtet.

Das allgemein erhöhte Risiko von kinderreichen Haushalten (mit drei Kindern und mehr) und von Haushalten Alleinerziehender, auf SGB II-Leistungen angewiesen zu sein, spiegeln auch die Bochumer Zahlen wider.

Über 45 % aller kinderreichen Haushalte und gut 46 % aller Haushalte Alleinerziehender gehörten in Bochum im Jahr 2017 zu den SGB II-Bedarfsgemeinschaften.

Etwa jedes vierte Kind (knapp 12.500) ist in Bochum auf Sozialgeld angewiesen.

Im Jahr 2017 wurden gut 32.000 Anträge im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets bewilligt; zum größten Teil für Klassenfahrten, Mittagsverpflegung und soziokulturelle Teilnahme.

Diese Fakten haben besondere Bedeutung, denn im Kindesalter beginnt die Biografie eines jeden Menschen, und die Rahmenbedingungen in dieser Lebensphase beeinflussen maßgeblich die weitere Entwicklung.

Insbesondere aus der AWO-ISS-Langzeitstudie geht hervor, dass die gesamte schulische Bildungsbiografie armer Kinder deutlich belasteter ist als bei Kindern aus sicheren ökonomischen Verhältnissen. Im Langzeitverlauf zeigt sich, dass arme Kita-Kinder später mit 48 % überdurchschnittlich häufig Hauptschülerinnen und -schüler sind oder die Schule ohne Abschluss beenden.

Was haben wir hier auf der langen Straße der Kindheit und Jugendzeit für Schritte gemacht?

Kinderarmut ist ein wesentliches Thema der präventiv ausgerichteten Jugendhilfe, die gemeinsam mit anderen Akteuren*innen, wie Träger, Verbände und Eltern gestaltet wird.

Das „Begrüßungsteam“ heißt Neugeborene in der Stadt willkommen und vermittelt niedrigschwellig angelegte Kurse der Familienbildung in Stadtteilen und besonders belasteten Wohnquartieren. Flankierend zur Arbeit in den Tageseinrichtungen wird die Kita-Sozialarbeit an der Schnittstelle zum Jobcenter tätig, später auch die Schulsozialarbeit, um Familien darin zu unterstützen, aus der Armutsfalle zu kommen.

So früh wie möglich intervenieren – und sei es nur in Form einer Begleitung in das Jobcenter –, ist der wirksamste Schutz vor der existenziellen Bedrohung der Lebensbedingungen.

Bei der Weiterentwicklung der sozialräumlich angelegten Präventionsarbeit wurde deutlich, dass es wichtig ist, eine Präventionskette aufzubauen, die sich auf die „Brüche und Gefährdungen“ in der Biografie von Kindern und Jugendlichen fokussiert, z.B. Schutz vor Schwangerschaftsrisiken, Übergang Kita – Grundschule, Übergang weiterführende Schulen, Eintritt ins Berufsleben und Schutz vor Armutsrisiken. Die Präventionskette ist biographisch und sozialräumlich mit dem Ziel der Verbesserung der Lebensbedingungen von Kindern angelegt. Sie berücksichtigt sowohl die Lebensphasen eines Kindes (von der Geburt bis zum Übergang in den Beruf) als auch Lebensbedingungen in den Sozialräumen.

Ohne in diesem Zusammenhang näher auf die Angebote der 33 Kinder- und Jugendfreizeithäuser oder der 37 Jugendverbände und Jugendinitiativen einzugehen – das wird im Forum 1 passieren – will ich doch noch eine für die Stadt und die frühe Bildung wichtige Zahl nennen: Wir haben in den letzten 10 Jahren rund 2.300 U3 Plätze in Kitas und Tagespflege neu geschaffen – und das ist schon ein großer Teil der langen Straße des Ausbaus – und die Schritte gehen weiter.

Altersarmut:

Startschwierigkeiten durch materielle Armut oder die Konzentration von multiplen Problemlagen haben Auswirkungen auf die gesamte weitere Biographie. Kinderarmut in all ihren Facetten ist in Bochum genauso ein Thema wie verfestigte Armutsstrukturen entlang familiärer Biografien (Armutsspiralen), Langzeitarbeitslosigkeit und Altersarmut.

79.750 Menschen, jeder 5. in Bochum, gehört zur Generation 65+.

Auch das Thema Altersarmut wird sichtbarer und Altersarmut betrifft mehr Frauen.

Allein die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen der Grundsicherung im Alter ist in 2017 insgesamt auf 3.435 Menschen gestiegen, davon 2.018 Frauen.

Wie stellt sich Bochum dieser Herausforderung?

Hier will ich nur das Beispiel der 6 Seniorenbüros nennen, aus meiner Sicht ein Erfolgsmodell auch in der Zusammenarbeit zwischen Freier Wohlfahrtspflege und Stadt.

Mit der Einführung der Seniorenbüros, immerhin schon vor 5 Jahren, gingen wir davon aus, dass der Anspruch auf gleichberechtigte Unterstützung und Teilhabe der unterschiedlichsten Menschen im Alter nur eingelöst werden kann, wenn sich Angebote und Maßnahmen auch an deren individuellen Bedürfnissen orientieren. So gehört zu einem umfassenden Hilfsangebot für ältere Bürgerinnen und Bürger neben Beratung und Unterstützung auch die Stärkung des Selbsthilfepotenzials.

Im Forum 3 werden auch die Pflegeangebote und interessante Wohnprojekte betrachtet.

Armut und Gesundheit:

Der Zusammenhang zwischen Gesundheit und sozialer Lage ist in wissenschaftlichen Studien vielfach beschrieben worden, zum Beispiel in einer Studie zur gesundheitlichen Lage von Alleinerziehenden, die bestätigt, dass die alleinige Verantwortung für die Kindererziehung, die Doppelbelastung durch Beruf und Familie sowie fehlende soziale und zeitliche Ressourcen direkt negativ auf die gesundheitliche Lage alleinerziehender Frauen wirken. Geringer sozioökonomischer Status kann dabei die gesundheitliche Lage erschwerend negativ beeinflussen.

Auch ein Übergang in die Arbeitslosigkeit geht bei den Betroffenen mit erheblichen Belastungen einher. Sie verlieren nicht nur den Großteil ihres Einkommens, sondern auch den regelmäßigen Kontakt zu ihren Kolleginnen und Kollegen, ihre Tagesstruktur und ihr Selbstwertgefühl. Diese Belastungen können psychosozialen Stress erzeugen und gesundheitsriskantes Verhalten sowie das Auftreten von psychischen Erkrankungen begünstigen.

Leiden Erwerbstätige an chronischen Erkrankungen, haben sie ein höheres Risiko, arbeitslos zu werden, während wiederum Arbeitslose mit Gesundheitsproblemen schlechtere Chancen auf eine Wiederbeschäftigung haben.

Auch im Rahmen der Gesundheitsberichtserstattung in Bochum konnte bezogen auf die Gesamtbevölkerung im interkommunalen Vergleich ein deutlicher Zusammenhang zwischen der sozialen Lage und Gesundheit in Bezug auf Rauchverhalten, Bluthochdruck, Herzrhythmusstörungen, chronische Atemwegserkrankungen, Zuckerkrankheit und alkoholische Lebererkrankung festgestellt werden.

Bei den Schulanfängerinnen und Schulanfängern zeigten sich bei der Häufigkeit von Adipositas, bei Sprachstörungen und Störungen der selektiven Wahrnehmung und Informationsverarbeitung größere Fallhäufigkeiten bei Personen mit niedriger Bildung bzw. in sozioökonomisch benachteiligten Ortsteilen.

Insgesamt ist die Lebenserwartung ärmerer Menschen geringer.

Was kann die Stadt Bochum hier tun?

Beispielhaft will ich hier auf die Projekte Gesundheitsförderung in Wattenscheid-Mitte im Rahmen der Integrierten Stadtentwicklung verweisen, auch als Ausgangspunkt für einen „Fachplan Gesundheit“.

Aber auch die Arbeit der Familienhebammen oder die Sozialpsychiatrischen Hilfen sollen wenigstens Erwähnung finden und können im Forum 4 diskutiert werden.

Wohnen:

Wohnen gehört zu den wichtigsten menschlichen Grundbedürfnissen, der Zugang zu angemessenem, bezahlbarem Wohnraum ist damit ein essenzieller Teil der Grundversorgung und ist sicherlich eine der sozialen Fragen der Zukunft.

Die finanzielle Situation der Wohnungssuchenden spielt dabei eine immer entscheidendere Rolle, dabei können Faktoren wie Arbeitslosigkeit, geringes Einkommen etc. den Zugang zum Wohnungsmarkt immer weiter erschweren oder sogar verhindern. Ebenso kann es für manche Personengruppen schwieriger sein, einen Zugang zum Wohnungsmarkt zu finden. Dazu gehören besonders kinderreiche Familien oder Menschen mit Migrationshintergrund.

Sowohl absolut als auch prozentual gibt es in Bochum immer weniger Sozialwohnungen, Ende des Jahres 2017 waren es 12.900 bzw. knapp 7 %.

Faktencheck Sozialdezernentin Frau Britta Anger

Am 31.12.2017 befanden sich 2.900 Wohnungen in der Belegungsbindung für Mieter ab dem 60. Lebensjahr („Seniorenwohnungen“).

Rund 3.900 Haushalte erhielten im Jahr 2017 Wohngeld. Aus der landesweiten Statistik ergibt sich, dass Rentnerinnen und Rentner die größte Gruppe der Empfängerhaushalte stellen.

Auch hier ist die Straße lang und die Vorgehensweise in Schritten geplant:

Mit dem Handlungskonzept Wohnen hat die Stadt Bochum daher ein Handlungsprogramm auf den Weg gebracht, um den Wohnstandort Bochum attraktiver zu machen. Zusammen mit dem Konzept wurde eine Quotierung für den geförderten Wohnungsbau beschlossen, um der Angebotsverknappung im preisgünstigen Segment entgegenzuwirken.

Mit den Partner*innen der Freien Wohlfahrtspflege und ehrenamtlichen Vereinen wurde gerade ein neues Konzept zur Weiterentwicklung und Neuausrichtung der Wohnungslosen- und Obdachlosenhilfe erarbeitet, dessen erster Meilenstein der Neubau der Not-schlafstelle „Fliegerhaus“ (Am Stadion) im Jahr 2018 darstellte. Im Erdgeschoss ist sowohl die „Aufsuchende Medizinische Hilfe für Wohnungslose Bochum e.V.“ tätig als auch die „Bochumer Suppenküche e.V.“.

Wünschen würde ich mir Belegungsrechte der Stadt für besonders vulnerable Zielgruppen, vielleicht Diskussionsstoff im Forum 5?

Zusammenfassend will ich auf die Handlungsmöglichkeiten in der Kommune eingehen:

Angesichts der beschriebenen sozialen Daten und Lebenslagen aus unserem Sozialbericht stellt sich immer wieder die Frage, was unsere Stellschrauben auf der Ebene der Kommune sind, angesichts der Tatsache, dass wir eigentlich die grundlegenden Fakten (Höhe von Sozialleistungen/Einkommen) und das grundlegende Problem des Wohnungsmarktes nur bedingt beeinflussen können. (Freiwillige) Soziale Leistungen hängen auch wesentlich von unseren Einnahmen und dem Haushalt der Stadt ab. Durch die Neuansiedlung verschiedener Firmen z.B. auf Mark 51⁷ ist es in Bochum gelungen, die Gewerbesteuereinnahmen zu steigern.

Darüber hinaus können in den Kommunen eher die örtlichen Auswirkungen von Armut gelindert werden.

So können hier beispielsweise kommunale Konzepte gegen Langzeitarbeitslosigkeit entwickelt und umgesetzt werden sowie weiterhin und verstärkt vielfältige präventive Maßnahmen gegen Kinderarmut oder zur Quartiersentwicklung etc. vorgenommen werden. Neben der grundlegenden Sicherstellung der Daseinsvorsorge für alle Bochumer Bürgerinnen und Bürger, der Grundversorgung, stehen für uns Strategien, auch die Bochum Strategie, und Maßnahmen zur Stärkung der Teilhabechancen und Lebensbedingungen von betroffenen Bevölkerungsgruppen im Fokus der sozialen Arbeit.

Zur Teilhabe gehören gute Betreuungseinrichtungen, Schulen, Beratungsstellen, Treffpunkte und Stadtteilbüros als tägliche Versorgungsinfrastruktur und Anlaufstellen vor Ort, aber auch die städtebauliche Förderung von lebendigen Wohnvierteln und Nachbarschaften, der Abbau von Barrieren unterschiedlicher Art und die Schaffung von Raum für das Mitwirken und Mitgestalten.

Gerecht heißt dabei nicht gleich verteilt, sondern nach den Bedürfnissen passgenau entwickelt.

Die Quartiersentwicklung konzentriert sich in Bochum deshalb vorrangig auf Gebiete mit besonderem Förderbedarf, die u. a. durch die in der Vergangenheit veröffentlichten Sozialdaten identifiziert werden konnten. Derzeit befinden sich vier Stadterneuerungsgebiete in der Umsetzungsphase (Laer, Wattenscheid, Westend, Werne/Langendreer-Alter Bahnhof) und zwei in der Vorbereitungsphase (Innenstadt und Hamme). Der Stadttumbau der Inneren Altstadt wird aktuell verstetigt.

Die Sozialkonferenz schafft heute Raum für einen fachübergreifenden Austausch und kann als Innovations- und Querdenkerpool Impulse und Anregungen für die Maßnahmen und die alltägliche Arbeit vor Ort entwickeln.

Ich will noch einmal Beppo den Straßenkehrer zu Wort kommen lassen:

„Man darf nie die ganze Straße auf einmal denken ... man muss nur an den nächsten Schritt denken, den nächsten Atemzug, den nächsten Besenstrich... Dann macht man seine Sache gut.“

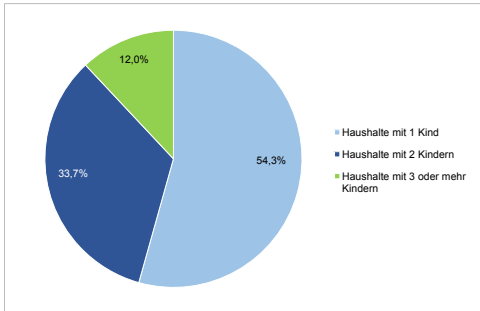
5. Plakate der fünf Foren

5.1. Teilhabechancen für Kinder und Jugendliche stärken 5.1.1. Plakate

Kinder und Jugendliche – Zahlen, Daten, Fakten

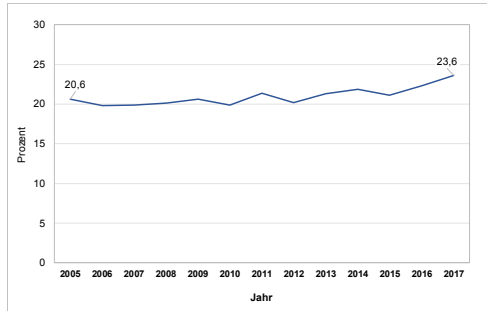
Einwohner*innen im Alter unter 18 Jahren: 54.000

Haushalte mit Kindern nach Kinderzahl 2017
Anteil in Prozent an allen Haushalten mit Kindern
Stadt Bochum



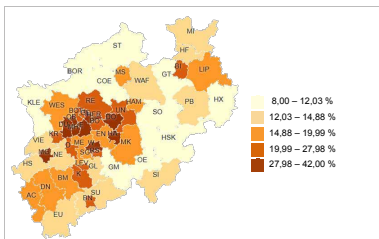
Quelle: Stadt Bochum, Sachgebiet Statistik und Wirkungscontrolling, Haushaltlegenerungsverfahren, Stichtag: 31.12.2017.

Armutsgefährdungsquote von Kindern unter 18 Jahren 2005 – 2017
Anteil in Prozent an Bevölkerung unter 18 Jahren
NRW



Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW, Stand: Hochrechnung auf den fortgeschriebenen Ergebnissen des Zensus 2011.

Kinder unter 15 Jahren in SGB II-Bedarfsgemeinschaften 2017
Anteil in Prozent an Bevölkerung unter 15 Jahren
NRW



Quelle: KECK-Atlas für Nordrhein-Westfalen; Daten: IT.NRW, Bundesagentur für Arbeit, Stichtag: 31.12. Für die Bevölkerungsdaten wurden die Werte von 2016 herangezogen.

Sozialgeld-Leistungsbezieher unter 15 Jahren 2017
Anteil in Prozent an Bevölkerung unter 15 Jahren
Stadt Bochum, Stadtbezirke und Ortsteile

Ortsteile	Prozent
Gruhne	13,5
Gleisdieck	44,5
Altenbochum	19,0
Südmenstadt	12,6
Kropfwerke	45,0
Hamme	42,0
Horde	14,7
Holtstede	38,0
Bismarck	33,2
Mitte	39,2
Görngel	37,8
Walterscheid-Mitte	45,6
Läthe	38,5
Westenfeld	42,9
Hörsing	22,4
Eppendorf	10,7
Walterscheid	34,8
Hagen/Hilpe	15,6
Gerthe	31,3
Hagen/Rosenberg	22,5
Kornhagen/Voerde-Abzwg	21,0
Nord	22,8
Lär	34,7
Wiene	40,2
Langendear	24,7
Langenmeer	38,5
Langenmeer-Alter Bahnhof	24,7
Ost	31,4
Wiemershausen/Ernschede	9,3
Stoppel	3,2
Querenburg	49,2
Süd	24,5
Weimar-Mitte	23,2
Weimar-Mark	8,3
Linden	14,3
Dahlhausen	17,0
Südwest	18,8
Stadt Bochum	28,4

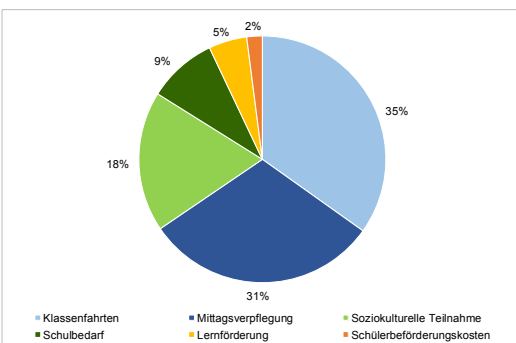
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Kleinstädtische Arbeitsmarktdaten und Stadt Bochum, Sachgebiet Statistik und Wirkungscontrolling, Einwohnerstatistikdatei, Stichtag: 31.12.2017.

Bedarfsgemeinschaften mit Kindern, Alleinerziehender und kinderreicher Familien 2017
Anteil in Prozent an den jeweiligen Haushaltstypen
Stadt Bochum, Stadtbezirke und Ortsteile

Ortsteile	BG mit Kindern	BG Alleinerziehender	BG kinderreicher Familien
Gruhne	11,2	28	28
Gleisdieck	38	51	71
Altenbochum	16	34	37
Südmenstadt	12	28	22
Kropfwerke	41	65	51
Hamme	38	62	59
Horde	14	42	21
Holtstede	20	60	56
Bismarck	28	58	47
Mitte	28	49	48
Görngel	31	61	61
Walterscheid-Mitte	40	61	61
Läthe	33	58	64
Westenfeld	37	58	62
Hörsing	19	42	34
Eppendorf	10	38	17
Walterscheid	39	54	53
Hagen/Hilpe	15	39	21
Gerthe	26	50	57
Hagen/Rosenberg	16	43	41
Kornhagen/Voerde-Abzwg	17	38	39
Nord	19	54	49
Lär	31	54	54
Wiene	34	58	54
Langendear	22	46	41
Langenmeer	29	58	41
Langenmeer-Alter Bahnhof	27	51	45
Ost	27	51	45
Wiemershausen/Ernschede	8	20	18
Stoppel	3	10	7
Querenburg	41	61	69
Süd	19	54	49
Weimar-Mitte	21	40	28
Weimar-Mark	7	20	19
Linden	11	29	24
Dahlhausen	14	35	28
Südwest	14	33	28
Stadt Bochum	24	46	45

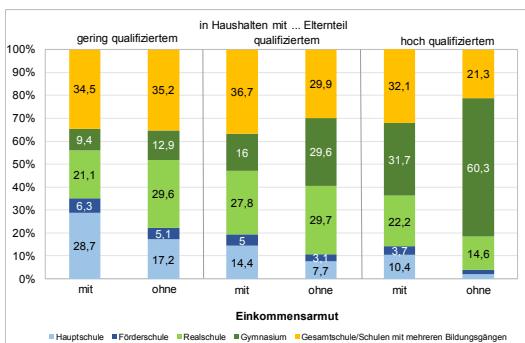
Werte sind gerundet
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Kleinstädtische Arbeitsmarktdaten und Stadt Bochum, Sachgebiet Statistik und Wirkungscontrolling, Einwohnerstatistikdatei, Stichtag: 31.12.2017.

Bewilligte Anträge im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets 2017
Anteil in Prozent an allen Anträgen
Stadt Bochum



Quelle: Stadt Bochum, Jugendamt, Stichtag: 31.12.2017.

Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I* nach Qualifikation der Eltern, Armutsgefährdung und Art der besuchten Schule 2016
NRW











* ledige Kinder, die im Haushalt der Eltern leben, mit Besuch der Sekundarstufe I einer allgemein-bildenden Schule in den letzten 12 Monaten.
Quelle: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (2018); Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen. Sozialberichterstattung NRW. Kurzanalyse 02/2018. Düsseldorf.

5.1. Teilhabechancen für Kinder und Jugendliche stärken

5.1.1. Plakate

Kinder und Jugendliche – Vorhandene Angebote und Strukturen

- Jugendsozialarbeit (Sprungbrett, SchlafamZug, Streetwork...) 
- 33 Kinder- und Jugendfreizeithäuser 
- 188 Kindertageseinrichtungen 
- 37 Jugendverbände & Jugendinitiativen, Kinder- und Jugendring Bochum 
- Kita- und Schulsozialarbeit 
- Städtischer Zuschuss Ferienfreizeiten für Bedürftige // Projekt „Bochumer Ferienpate“ 
- Patenschaftsprojekte (Ausbildungspaten, Glückskäfer, Mentoren) 
- Ausweitung der BuT-Mittel 

Kinder und Jugendliche – Teilhabechancen stärken

- Bemessungsgrenzen für die Beitragsfreiheit von Kitaplätzen erhöhen



- Kostenloser ÖPNV für Kinder und Jugendliche



- Schaffung von zusätzlichen kostenlosen Freizeitangeboten für bedürftige Kinder und Jugendliche



- Ausweitung der Ferienangebote für Jugendliche



- Einrichtung von kindgerechten „Suppenküchen“



- Servicestelle Vereinsentwicklung



- Sanktionsfreiheit für Jugendliche im Hartz IV-Bezug



5.1. Teilhabechancen für Kinder und Jugendliche stärken

5.1.2. Impulsreferat Kinder

Definition von Armut in Bochum

6 Schwerpunktthema Armut

Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick:

6.1 Einleitung

- Armut wird in diesem Bericht aus dem Blickwinkel der relativen Einkommensarmut betrachtet.
- Die Armutsschwelle lag im Jahr 2017 bei einem Einpersonenhaushalt bei 968 Euro im Monat; bei Haushalten mit 2 Erwachsenen und 2 Kindern lag die Armutsschwelle bei 2.034 Euro im Monat.
- Gemessen an der NRW-Bevölkerung lag der Anteil armutsgefährdeter Personen bei gut 17 %.

6.2 Armut im erwerbsfähigen Alter

- Am 31.12.2017 erhielten in Bochum 33.311 Personen (knapp 14 %) im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren Grundsicherungsleistungen nach dem SGB II.
- Der Anteil der Männer im SGB II-Leistungsbezug unterscheidet sich auf Ortsteilebene kaum von dem der Frauen.
- Der Anteil der ausländischen SGB II-Leistungsbeziehenden im erwerbsfähigen Alter lag hingegen durchgehend etwa zwei- bis viermal, in der Spitze sogar sechsmal höher als der Anteil der deutschen Leistungsbeziehenden.

Definition von Armut in Bochum

6.3 Kinderarmut

- Mit 12.489 Kindern und Jugendlichen waren Ende des Jahres 2017 weit mehr als ein Viertel aller unter 15-Jährigen in Bochum (über 28 %) auf Sozialgeld nach dem SGB II angewiesen.
- Das allgemein erhöhte Risiko von kinderreichen Haushalten (mit drei Kindern und mehr) und von Haushalten Alleinerziehender, auf SGB II-Leistungen angewiesen zu sein, spiegeln auch die Bochumer Zahlen wider.
- Über 45 % aller kinderreichen Haushalte und gut 46 % aller Haushalte Alleinerziehender gehörten in Bochum im Jahr 2017 zu den SGB II-Bedarfsgemeinschaften.
- Im Jahr 2017 wurden gut 32.000 Anträge im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets bewilligt; zum größten Teil handelte es sich hier um Anträge zu Klassenfahrten.

Dunkelziffer im Bereich der Kinderarmut sehr hoch

Viele Familien nehmen staatliche Leistungen aufgrund von Scham, Stigmatisierung oder bürokratischem Aufwand nicht in Anspruch.

In der Folge leben sie daher unterhalb ihres Existenzminimums.

Nach konservativen Schätzungen des DKSB kann die **Kinderarmut um mehr als 1,4 Mio. höher liegen, also bei mehr als 4,4 Mio.**

Armutsschwellen nach SOEP

	Haushaltstyp					
	Alleinlebend	Alleinerziehend mit 1 Kind		Alleinerziehend mit 2 Kindern		
Armutsschwellen nach Haushaltstypen	ohne Kind	1 Kind unter 14 J.	1 Kind 14 - 18 J.	2 Kinder unter 14 J.	1 Kind unter 14 J. 1 Kind 14 - 18 J.	2 Kinder 14 - 18 J.
	1.086 €	1.412 €	1.629 €	1.738 €	1.955 €	2.172 €
	Paar	Paar mit 1 Kind		Paar mit 2 Kindern		
	ohne Kinder	1 Kind unter 14 J.	1 Kind 14 - 18 J.	2 Kinder unter 14 J.	1 Kind unter 14 J. 1 Kind 14 - 18 J.	2 Kinder 14 - 18 J.
	1.629 €	1.955 €	2.172 €	2.281 €	2.498 €	2.715 €

© Der PARITÄTISCHE 2018
Eigene Berechnungen auf Basis SOEP v33.1
Daten: Sozio-oekonomisches Panel (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)
Erhebungsjahr: 2016, Berechnungen auf Basis des Vorjahreseinkommens (2015)

5.1. Teilhabechancen für Kinder und Jugendliche stärken

5.1.2. Impulsreferat Kinder

Aktuelle Zahlen der BA für Arbeit

• Personen in Bedarfsgemeinschaften	45.420
• Bedarfsgemeinschaften	22.651
• Alleinerziehende-BG	3.423
• Personen unter 25 Jahren	18.770
• Nicht erwerbsfähige LB	12.260
• 6 bis 15 Jahre	6.803
• 3 bis 6 Jahre	2.453
• Unter 3 Jahre	2.545

Regelbedarfe der „Grundsicherung“

■ Regelbedarfe der Grundsicherung 2011 - 2019

Jahr	Alleinstehende oder Alleinerziehende	Ehegatten oder Lebenspartner ¹⁾	Erwachsene Leistungsberechtigte ²⁾	Jugendliche von 14 bis unter 18 Jahren	Kinder von 6 bis unter 14 Jahren	Kinder unter 6 Jahren
2019	424	382	339	322	302	245
2018	416	374	332	316	296	240
2017	409	368	327	311	291	237
2016	404	364	324	306	270	237
2015	399	360	320	302	267	234
2014	391	353	313	296	261	229
2013	382	345	306	289	255	224
2012	374	337	299	287	251	219
2011	364	328	291	275	242	213

¹⁾ Jeweils 90 % des Eckregelsatzes

²⁾ 80 % des Eckregelsatzes. Für erwachsene Personen, die keinen eigenen Haushalt führen, weil sie im Haushalt anderer Personen leben.

Regelsätze für Kinder 2018

Kinderregelsatz für Kinder 0-6 Jahre: **240 Euro/Monat**

Darin u.a. enthalten sind*:

84,46 Euro für Nahrungsmittel und Getränke

38,29 Euro für Bekleidung und Schuhe

7,61 Euro für Gesundheitspflege

0,72 Euro für Bildung

Der Paritätische kommt in seiner Expertise zu den Regelsätzen 2018 zu dem Ergebnis einer Unterdeckung um mindestens 37 Prozent beim Erwachsenenregelsatz.

Die statistische Grundlage der Kinderregelsätze bewertet der Paritätische als absolut unzureichend und fordert die Bundesregierung auf, ein alternatives System zur Feststellung des soziokulturellen Existenzminimums von Kindern zu erarbeiten.

Kinder in Hartz IV 2018

		Veränderung zum Vorjahr	Hilfequote*
Gelsenkirchen	18.998	(+1,6%)	41,9
Essen	31.472	(-0,2%)	33,6
Herne	7783	(-0,9%)	30,9
Duisburg	25.893	(-1,9%)	30,6
Dortmund	28.608	(-2,1%)	30,2
Oberhausen	9661	(+0,7%)	29,0
Mülheim	7758	(-0,4%)	28,5
Bochum	14.409	(-0,8%)	27,0
Kr. Recklingh.	24.780	(-0,7%)	25,1
Bottrop	4041	(+0,0%)	22,0
Unna	12.351	(-4,1%)	19,5
EN-Kreis	8534	(-2,9%)	17,2
Kreis Wesel	11.544	(-3,5%)	15,9
Kr. Mettmann	12.767	(-2,2%)	5,9
Deutschland	1.952.783	(-3,7%)	14,4
NRW	566.470	(-2,2%)	19,0

* Anteil der Minderjährigen an der Gesamtbevölkerung, die in Bedarfsgemeinschaften leben

QUELLE: BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT - GRAFIK: HH

5.1. Teilhabechancen für Kinder und Jugendliche stärken

5.1.2. Impulsreferat Kinder

Kinder im Hartz-IV-Bezug in den Stadtteilen

Tab. 45: Sozialgeld-Leistungsbeziehende unter 15 Jahren
Anteil in Prozent an Bevölkerung unter 15 Jahren Stadt Bochum, Stadtbezirke und Ortsteile

Ortsteile	Prozent	Ortsteile	Prozent
Grumme	13,5	Harpen/Rosenberg	22,5
Gleisdreieck	44,5	Kornharpen/Voede-Abzweig	21,0
Altenbochum	19,0	Nord	22,9
Südinnenstadt	12,6	Laer	34,7
Kruppwerke	45,0	Werne	40,2
Hamme	42,0	Langendreer	24,7
Hordel	14,7	Langendreer-Alter Bahnhof	34,0
Hofstede	36,0	Ost	31,4
Riemke	33,7	Wiemelhausen/Brenschede	8,9
Mitte	30,8	Stiepel	3,2
Günnigfeld	37,8	Querenburg	46,2
Wattenscheid-Mitte	45,6	Süd	24,5
Leithe	38,5	Weitmar-Mitte	23,2
Westenfeld	42,9	Weitmar-Mark	8,3
Höntrop	22,4	Linden	14,3
Eppendorf	10,7	Dahlhausen	17,0
Wattenscheid	34,8	Südwest	16,6
Bergen/Hiltrop	15,6	Stadt Bochum	28,2
Gerthe	31,3		

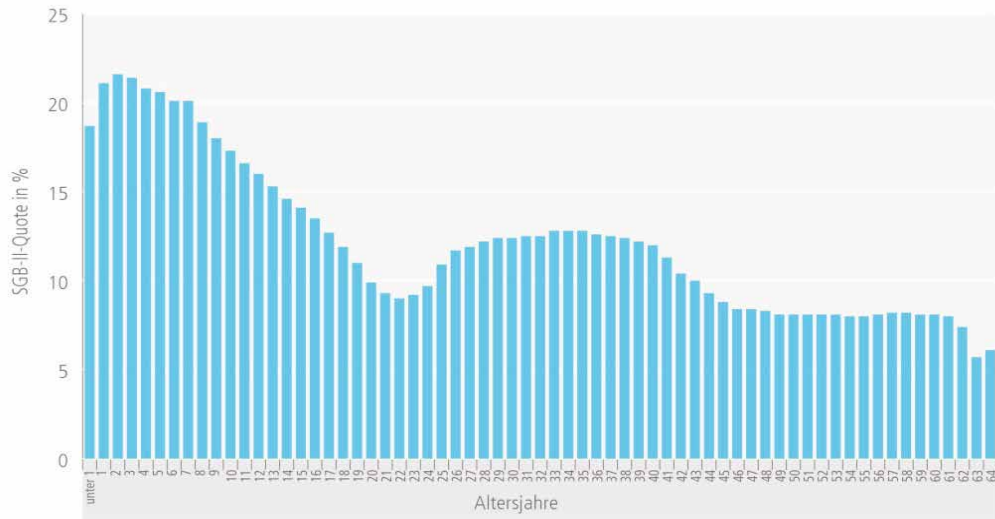
28 % auf Stadtebene: von 17 % bis 46 % in den Stadtteilen

In Bochum haben von den 44.327 Kindern *unter 15 Jahren* insgesamt 12.489 Kinder zum Stichtag 31.12.2017 Leistungen nach dem SGB II bezogen, was einem Anteil von gut 28 % entspricht. Somit war mehr als jedes vierte Bochumer Kind im Jahr 2017 auf unterstützende SGB II-Leistungen angewiesen.

Zum Vergleich: In NRW lag der Anteil zu diesem Zeitpunkt bei 19 %²⁰¹.

Bei Betrachtung der SGB II-Quote in den Stadtbezirken ist festzustellen, dass im Bochumer Stadtbezirk Südwest Ende des Jahres 2017 der niedrigste Wert (knapp 17 %) zu beobachten war, im Bezirk Wattenscheid der höchste Wert (fast 35 %). Auf Ortsteilebene stellte sich Stiepel mit gut 3 % mit dem geringsten Anteil an Kindern und Jugendlichen im SGB II-Bezug dar, der Ortsteil Querenburg wies mit gut 46 % den höchsten Wert im gesamtstädtischen Vergleich auf (Tab. 45).

Alter und SGB-II-Quote

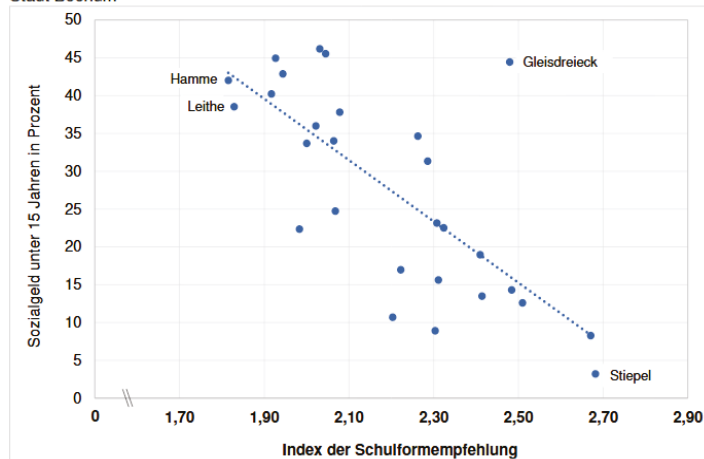


Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2014c und IT.NRW 2014, Berechnung Referat V.1 Stadtforschung und Statistik Mülheim an der Ruhr, eigene Darstellung.

© Bertelsmann Stiftung und ZEFIR 2015, mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

Hartz-IV-Bezug und Schulformempfehlung

Abb. 116: Zusammenhang zwischen Sozialgeld unter 15 Jahren und Index der Schulformempfehlungen Schuljahr 2017/2018
Stadt Bochum



Quelle: Stadt Bochum, Sachgebiet Statistik und Wirkungscontrolling, Schulverwaltungsamt, Stand: 31.12.2017 (Sozialgeld) und Schuljahr 2017/2018 (Index).

5.1. Teilhabechancen für Kinder und Jugendliche stärken

5.1.2. Impulsreferat Kinder

Wenn die soziale Herkunft zensiert wird:

29,8 Prozent der Schüler mit „niedriger sozialer Herkunft“ werden bei gleicher Leistung schlechter benotet.

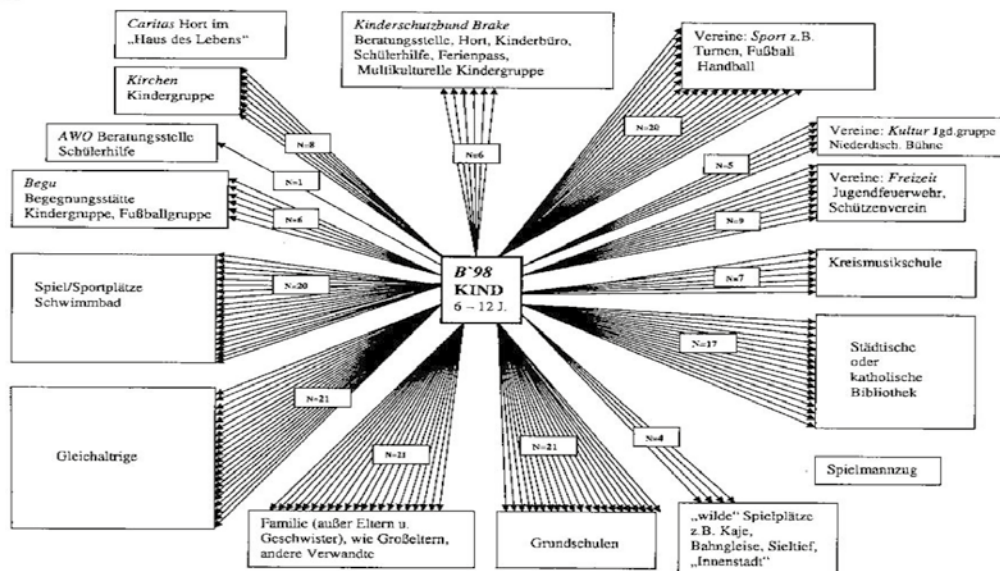
Und wenn den Eltern der Mut fehlt:

28,6 Prozent der Eltern, die nicht ein Gymnasium besucht haben, schicken ihre Kinder auf eine andere Schule.

Netzwerk von nichtarmen Kindern

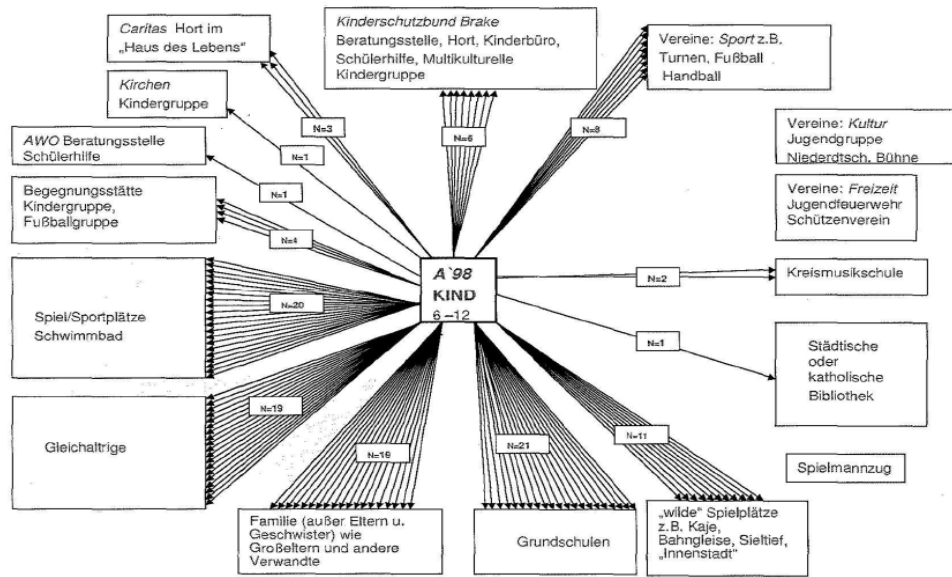
Soziale Ressourcen B'98: Kindspezifisches Netzwerk für Braker GrundschülerInnen der Kontrollgruppe

N = 21

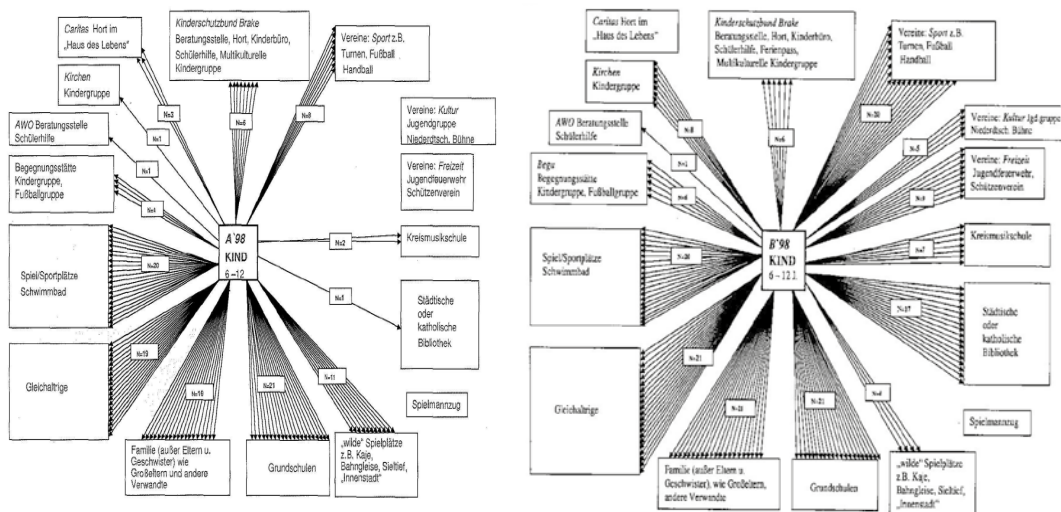


Netzwerk arme Kinder

Soziale Ressourcen A'98: Kindspezifisches Netzwerk für Braker Grundschüler/innen der Kontrollgruppe



Vergleich der Netzwerke arme und nichtarme Kinder



5.1. Teilhabechancen für Kinder und Jugendliche stärken

5.1.3. Impulsreferat Jugendliche

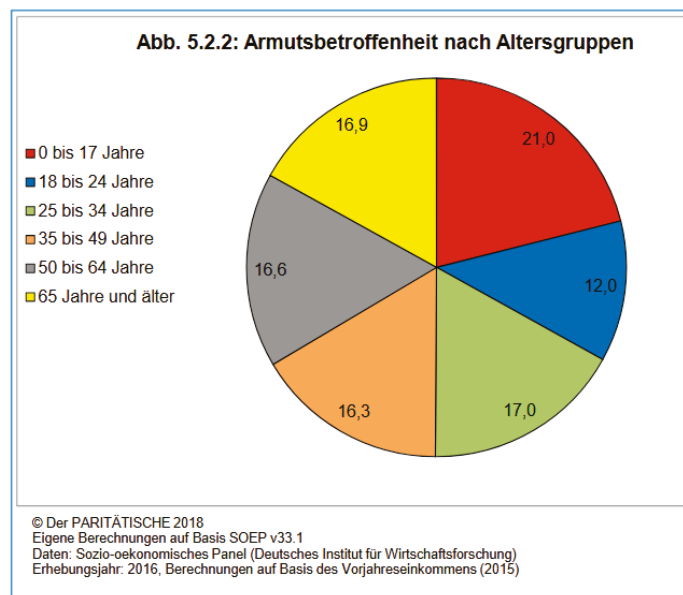
Aktuelle Zahlen SGB II (März 2019)

• Personen in Bedarfsgemeinschaften	45.420
• Bedarfsgemeinschaften	22.651
• Alleinerziehende-BG	3.423
• Personen unter 25 Jahren	18.770
• Nicht erwerbsfähige LB	12.260
• 6 bis 15 Jahre	6.803
• 3 bis 6 Jahre	2.453
• Unter 3 Jahre	2.545

Daten zur Armut von Jugendlichen in Bochum

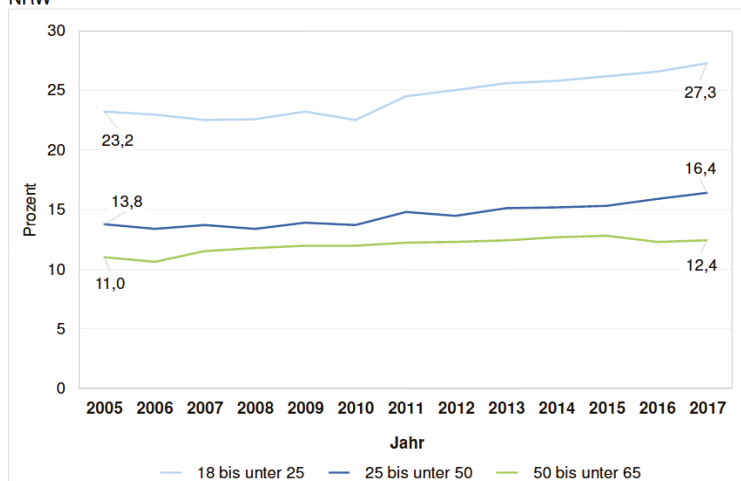
- 6.510 als Erwerbsfähige Leistungsberechtigte im Hartz-IV-Bezug
- Arbeitslosenanteil an den SvB unter 25 Jahren: 12,7 Prozent
- Armut von Jugendlichen 22,3 Prozent

Armutsbetroffenheit nach Altersgruppen



Armutsgefährdungsquoten Alter

Abb. 105: Armutsgefährdungsquote von Personen zwischen 18 bis unter 65 Jahren nach Altersgruppen 2005 – 2017
Anteil in Prozent der jeweiligen Bezugsbevölkerung
NRW

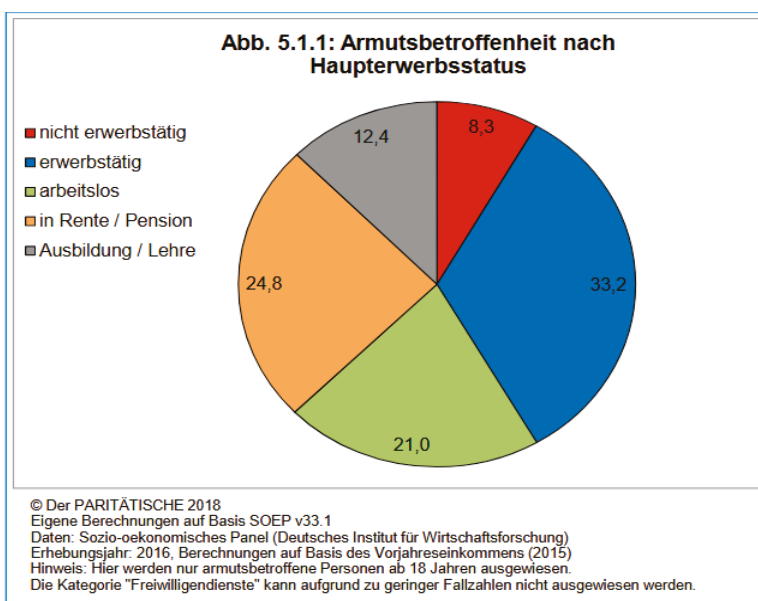


Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW, Stand: Hochrechnung auf den fortgeschriebenen Ergebnissen des Zensus 2011.

5.1. Teilhabechancen für Kinder und Jugendliche stärken

5.1.3. Impulsreferat Jugendliche

Armutsbetroffenheit: 33% Erwerbstätige



Zunahme der Anzahl von Menschen mit einem Zweitjob in Bochum

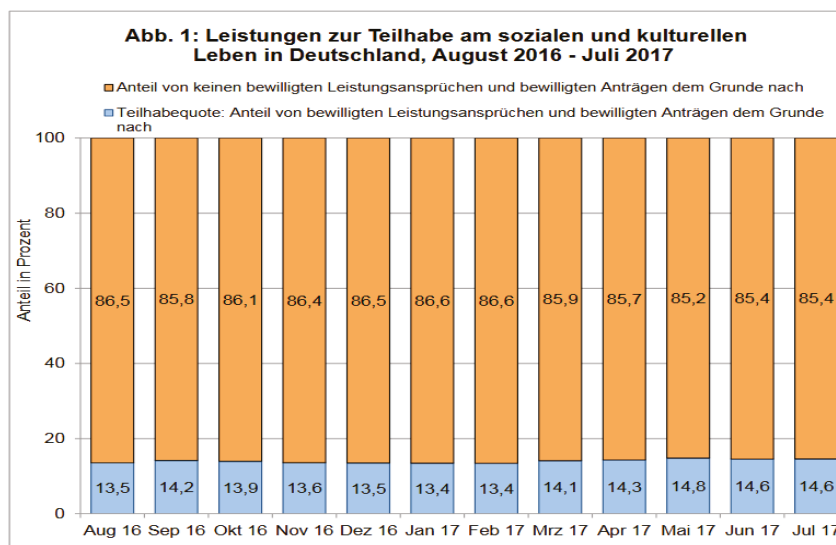
2003	4.802	am Arbeitsplatz
2013	8.485	am Arbeitsplatz
2018	9.487	am Arbeitsplatz

Zunahme seit 2003 97,6 Prozent

Sanktionen gegen unter 25-Jährige in Bochum (Dez.2018)

- Leistungskürzung durchschnittlich 121 Euro oder 23,7 Prozent
- Vergleich: Leistungskürzung im allgemeinen 93 Euro oder 15 Prozent
- Rund 25 Prozent aller von Sanktionen in Bochum im Monat Dezember 2018 Betroffenen sind unter 25 Jahre alt.

Teilhabequote B u T

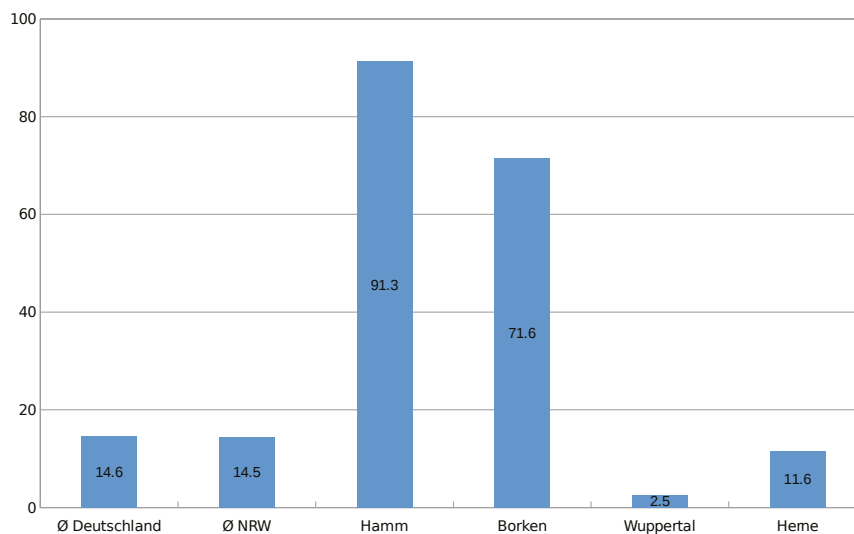


© Der PARITÄTISCHE 2018
 Eigene Darstellung und Berechnung
 Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit, Bildung und Teilhabe (Monatszahlen),
 Anmerkungen:
 - Die Berechnung bezieht sich auf alle Leistungsberechtigten im SGB II im Alter von 6 bis unter 15 Jahren für die Leistungsart „Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben“

5.1. Teilhabechancen für Kinder und Jugendliche stärken

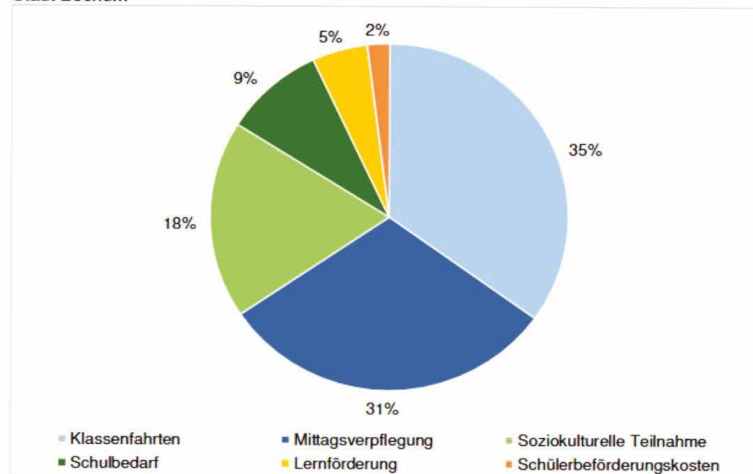
5.1.3. Impulsreferat Jugendliche

Inanspruchnahme 10 Euro Teilhabeleistung nach BuT 2017 Kinder von 6 bis unter 15 Jahren Ø



Bewilligte Anträge im Rahmen des BuT

Abb. 114: Bewilligte Anträge im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets 2017
Anteil in Prozent an allen Anträgen
Stadt Bochum





Quelle: Stadt Bochum, Jugendamt. Stichtag: 31.12.2017.

• Bochum LB:	17.997	Hamm:	8.258
• Ausflug (Tag):	3.485		5.432
• Klassenfahrt :	233		3.194
• Lernförderung:	472		926
• Mittagverpfl. :	858		5.424
• Sozkult.Teilh.:	3.315		5.248

5.1. Teilhabechancen für Kinder und Jugendliche stärken

5.1.4. TOP 3-Ideen


 1. Bochumer Sozialkonferenz
 WORKSHOP 1:



TEILHABECHANCEN FÜR KINDER + JUGENDLICHE STÄRKEN

UNSERE TOP 3 IDEEN:

- 1** ZEIT FÜR BERATUNG UND NETZWERKARBEIT

JUGENDLICHE STÄRKER BETEILIGEN
- 2** HILFE AUS EINER HAND / GEBÜNDELTE VERWALTUNGSSTRUKTUREN FÜR BEHINDERTETE KINDER

MOBILITÄT VON JUGENDLICHEN UNTERSTÜTZEN
- 3** INFORMATION UND ANTRAGSHILFEN ZU FÖRDERMÖGLICHKEITEN

AUFSUCHENDE ARBEIT STÄRKEN (UM FAMILIEN ZU ERREICHEN)

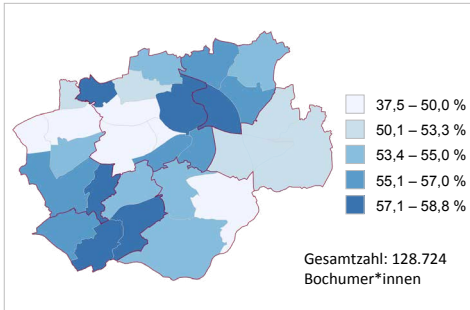
5.2. Teilhabechancen für Erwachsene stärken

5.2.1. Plakate

Erwachsene – Zahlen, Daten, Fakten

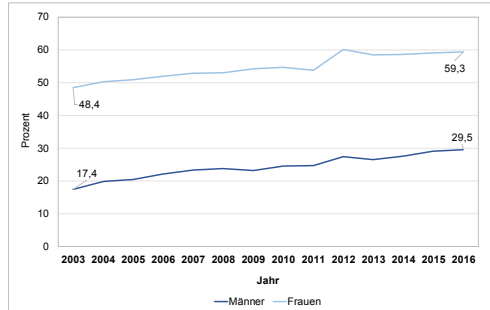
Einwohner*innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren: 247.500

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort 2017
Anteil in Prozent an Bevölkerung von 15 bis unter 65 Jahren
Stadt Bochum, Ortsteile



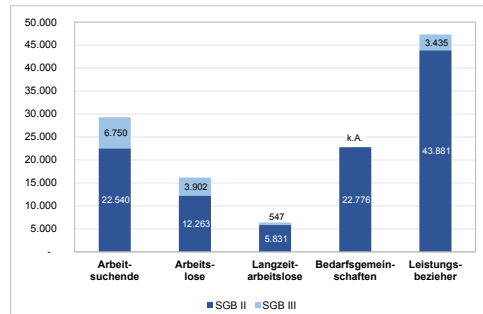
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Kleinräumige Arbeitsmarktdaten und Stadt Bochum, Sachgebiet Statistik und Wirkungscontrolling, Einwohnerstatistikdatei, Stichtag: 30.09.2017.

Atypisch Beschäftigte nach Geschlecht 2003 – 2016
Anteil in Prozent an den abhängig Beschäftigten der jeweiligen Bezugsbevölkerung
Stadt Bochum



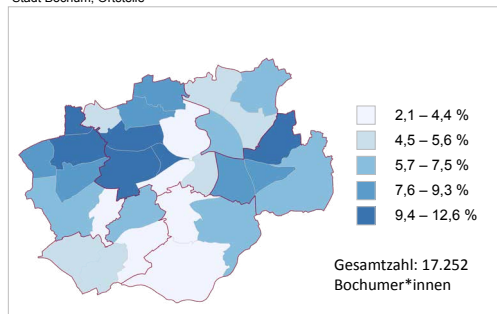
Teilzeitbeschäftigten werden durch die BA ab dem Jahr 2012 genauer erfasst, wodurch die Daten ab 2012 nur begrenzt mit vorherigen Jahren vergleichbar sind. Der Stichtag des Jahres 2012 ist abweichend von den anderen Jahren der 31.12.2012.
Quelle: Berechnung des WSI-Instituts der Hans-Böckler-Stiftung nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit

SGB II-/SGB III-Leistungsbeziehende nach Status 2019
Stadt Bochum



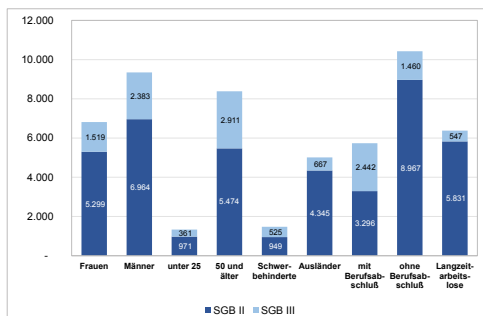
Quelle: Stadt Bochum, Jobcenter, Stand: 03/2019.

Arbeitslose 2017
Anteil in Prozent an Bevölkerung von 15 bis unter 65 Jahren
Stadt Bochum, Ortsteile



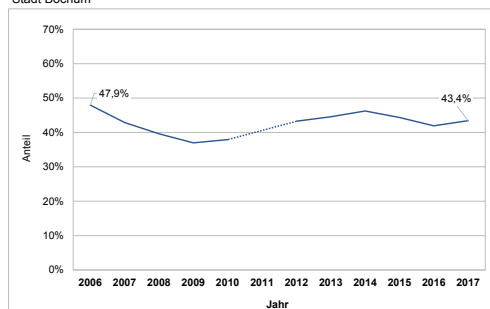
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Kleinräumige Arbeitsmarktdaten und Stadt Bochum, Sachgebiet Statistik und Wirkungscontrolling, Einwohnerstatistikdatei, Stichtag: 31.12.2017.

Arbeitslose nach differenzierten Merkmalen 2019
Stadt Bochum



Quelle: Stadt Bochum, Jobcenter, Stand: 03/2019.

Langzeitarbeitslose 2006 – 2017
Anteil in Prozent an allen Arbeitslosen
Stadt Bochum



Aus technischen Gründen ist der Datensatz für das Jahr 2011 nicht auswertbar.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Kleinräumige Arbeitsmarktdaten und Stadt Bochum, Sachgebiet Statistik und Wirkungscontrolling, Einwohnerstatistikdatei, Stichtag: 31.12.2017.

5.2. Teilhabechancen für Erwachsene stärken

5.2.1. Plakate

Erwachsene – Auswahl vorhandener Angebote

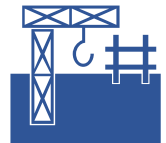
▪ Stadt Bochum

- Betreuende und wirtschaftliche Angebote des Amtes für Soziales, des Jugendamts und Gesundheitsamts
- Kommunales Integrationszentrum
- Volkshochschule Bochum
- Familienbüro
- Familienbildungsstätte
- Quartiersbüros
- Kommunale Beschäftigungsgesellschaft



▪ Bochum Wirtschaftsentwicklung

- Erweiterung und Ansiedlung von Firmen/Arbeitsplätzen
- Gründungs- und Start up-Beratung
- Beschäftigtenförderung
- Beratung und Unterstützung Arbeitsmarktförderprogramme NRW-EU



▪ Agentur für Arbeit/ Jobcenter Bochum

- Integrationsorientierte Instrumente
- Beschäftigung schaffende Maßnahmen
- Spezielle Maßnahmen für Jüngere
- Leistungen für Menschen mit Behinderungen
- Integration Point



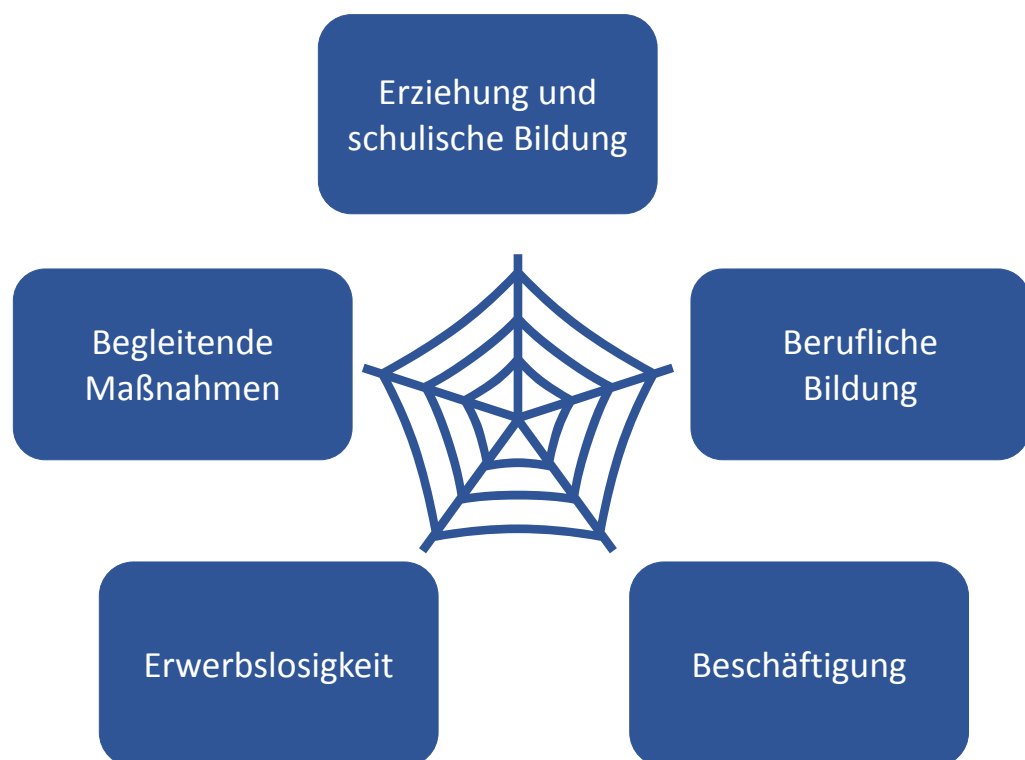
▪ Träger der Freien Wohlfahrtspflege

- Beratung zur beruflichen Entwicklung
- Sozialberatung
- Schuldnerberatung
- Erwerbslosenberatung
- Arbeitslosenzentren
- Sprach- und Qualifizierungszentrum quaz.ruhr



Erwachsene – Teilhabechancen verbessern – Strategie

Bochumer Arbeitsmarktkonzept entwickeln Kennzahlen / Maßnahmen /Vernetzung



Ziel:

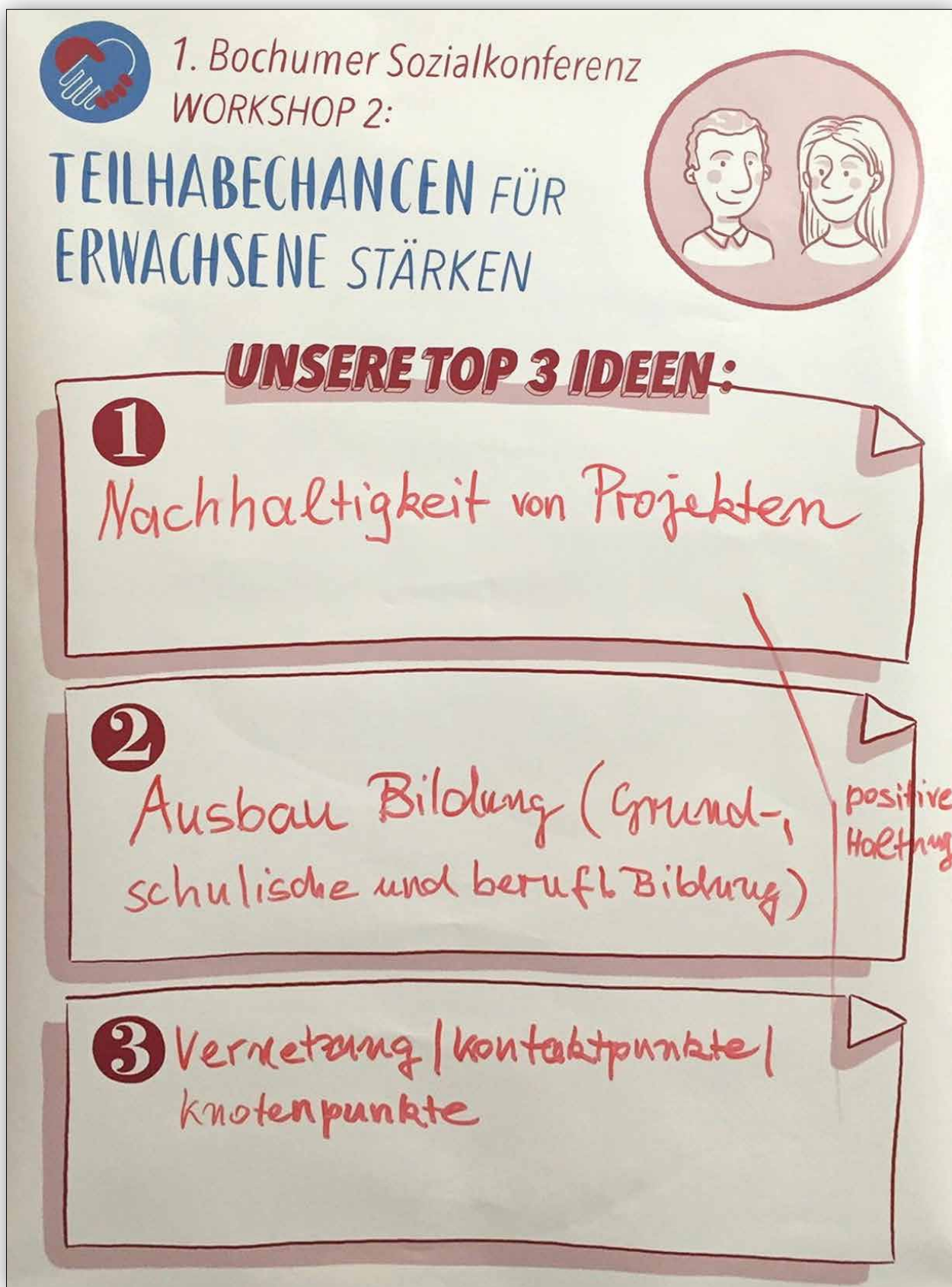
Angebote für besonders benachteiligte Zielgruppen wie Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende, Migranten*innen und weitere Personenkreise verstärken und neu planen


- Kennzahlen entwickeln
- Informationsfluss für Betroffene verbessern
- Netzwerke/Zusammenarbeit intensivieren

5.2. Teilhabechancen für Erwachsene stärken


5.2.2. TOP 3-Ideen

TOP 3-Ideen im Rahmen des geplanten Arbeitsmarktkonzeptes



 1. Bochumer Sozialkonferenz
WORKSHOP 2:

TEILHABECHANCEN FÜR ERWACHSENE STÄRKEN



UNSERE TOP 3 IDEEN:

- 1** Nachhaltigkeit von Projekten
- 2** Ausbau Bildung (Grund-, schulische und berufl. Bildung) positive Haltung
- 3** Vernetzung / Kontaktpunkte / Knotenpunkte

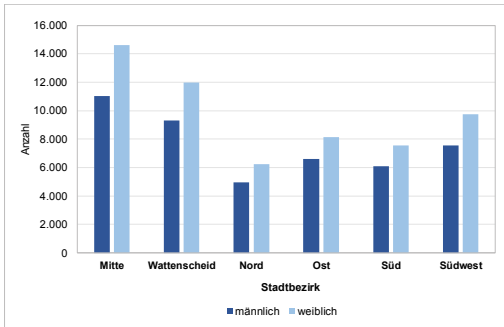
5.3. Teilhabechancen für ältere Menschen

5.3.1. Plakate

Ältere Menschen – Zahlen, Daten, Fakten

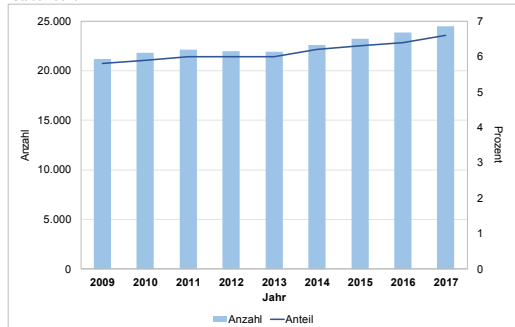
Einwohner*innen im Alter 60 Jahren und älter: 104.000

Bevölkerung im Alter von 60 Jahren und älter nach Geschlecht 2017
Stadt Bochum, Stadtbezirke



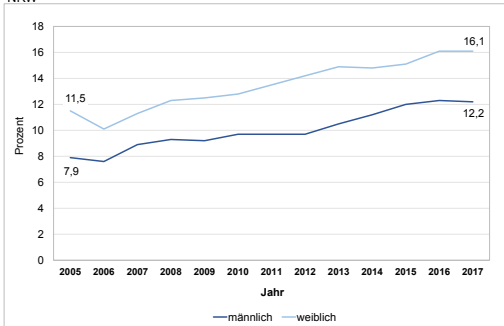
Quelle: Stadt Bochum, Sachgebiet Statistik und Wirkungscontrolling, Einwohnerstatistikdatei, Stichtag: 31.12.2017.

Entwicklung der Bevölkerung im Alter von 60 Jahren und älter 2009 – 2017
Anzahl und Anteil in Prozent an Gesamtbevölkerung
Stadt Bochum



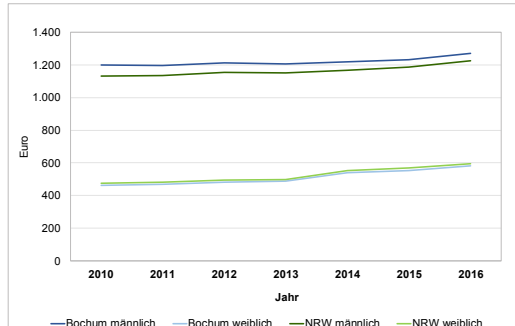
Quelle: Stadt Bochum, Sachgebiet Statistik und Wirkungscontrolling, Einwohnerstatistikdatei, Stichtag: je 31.12. d.J.

Armutsgefährdungsquoten im Alter von 65 Jahren und mehr nach Geschlecht 2005 bis 2017
Anteil in Prozent an der Gesamtbevölkerung im Alter von 65 Jahren und mehr
NRW



Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW, Stand: Hochrechnung auf den fortgeschriebenen Ergebnissen des Zensus 2011

Renten wegen Alters nach SGB VI nach Geschlecht 2010 bis 2016
Durchschnittlicher Rentenzahlbetrag in Euro
Stadt Bochum und NRW



Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund, Stichtag: je 31.12. d. J.

5.3. Teilhabechancen für ältere Menschen

5.3.1. Plakate

Ältere Menschen – Vorhandene Angebote und Strukturen

■ Offene Angebote

- Sechs Stadtbezirke sechs Seniorenbüros
- Fachdienst Altenhilfe integriert in den sechs Seniorenbüros
- Fachdienst 60+ Ergänzendes Case-/Fallmanagement in den Stadtbezirken
- Kooperationen auf der kommunalen Ebene, der freie Wohlfahrtspflege und Interessengruppen
- 85 Anbieter (freie Träger und Non-Profitorganisationen) ambulante Pflege
- 34 Anbieter für niederschwellige Betreuungsangebote



■ Teilstationäre Angebote

- 14 Anbieter Tagespflege für 280 Plätze
- 24 separate Kurzzeitpflegeplätze



■ Stationäre Angebote

- 55 Anbieter (freie Träger und Non-Profitorganisationen) für 3.460 Pflegeplätze inkl. 360 eingestreuten Kurzzeitpflegeplätzen
- Drei Demenzwohngemeinschaften



■ Finanzielle Angebote

- Grundsicherungsleistungen SGB XII
- Pflegeleistungen SGB XI
- Pflegeleistungen SGB XII



Ältere Menschen – Teilhabechancen stärken

- **Stärkung des freiwilligen Engagements**

- Evaluation der Seniorenbüros
- Stärkung des Miteinanders von freiwillig engagierten und hauptamtlichen Mitarbeiter*innen



- **Wahlverwandtschaften**

- Gemeinsam statt einsam heißt das Wohn- und Lebenskonzept der Zukunft: Mehrgenerationenhaus und Hausgemeinschaft als Heimplatz und betreutes Wohnen.



- **Stärkung von Wohnprojekten / Wohn- und Hausgemeinschaften.**

- Dem Service-Wohnen bzw. generationsübergreifenden Wohnkonzepten mit Dienstleistungsangeboten gehört die Zukunft.



5.3. Teilhabechancen für ältere Menschen

5.3.2. TOP 3-Ideen



1. Bochumer Sozialkonferenz
WORKSHOP 3:

TEILHABECHANCEN FÜR ÄLTERE MENSCHEN STÄRKEN



UNSERE TOP 3 IDEEN:

- 1 Einrichtung von Sozialraumkonferenzen (Bezirk) und gesamtstädtischer Fachkonferenz aller Akteure der Senioren_innenarbeit

„Netzwerk“

- 2 Barrierefreiheit schaffen - Bestandsaufnahme durch Betroffene, Stadt, Akteure ...
↳ ständiger Prozess + regelmäßige Updates

„Mobilität“

- 3 Schaffung + Verstärkung von altengerechten Quartiersmanagement

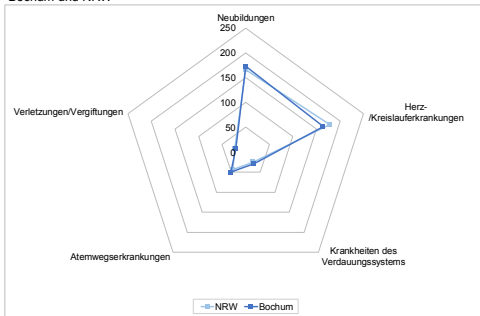
„Leben im Quartier / Wohnen im Quartier“

5.4. Gesundheit verbessern

5.4.1. Plakate

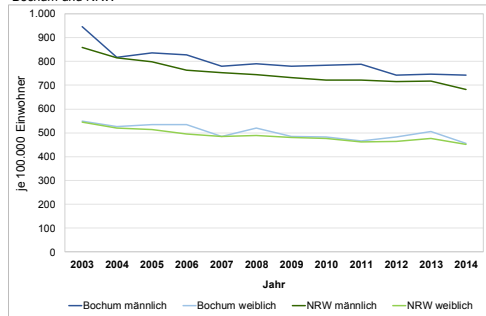
Gesundheit – Zahlen, Daten, Fakten

Häufigste Todesursachen 2015
je 100.000 Einwohner*innen
Bochum und NRW



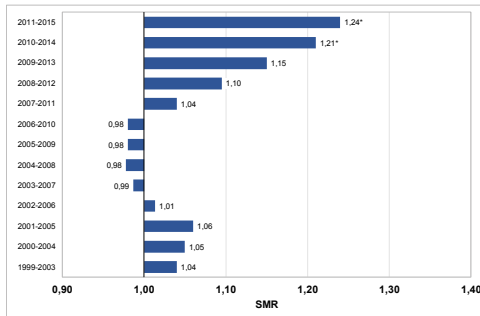
Altersstandardisiert an der Europabevölkerung alt

Sterbefälle nach Geschlecht 2003-2015
je 100.000 Einwohner*innen
Bochum und NRW



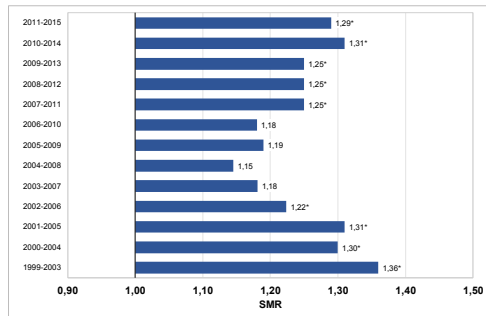
Altersstandardisiert an der Europabevölkerung alt

Sterbefälle wegen bösartiger Neubildungen der Luftröhre, Bronchien und der Lunge 1999-2015
beide Geschlechter von 15-64 Jahren, 5-Jahres-Mittelwert
Stadt Bochum



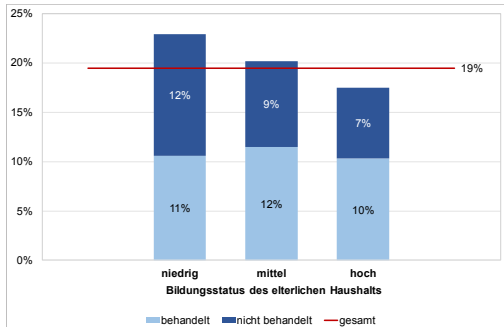
Abweichung des standardisierten Mortalitätsindex (SMR) vom Landeswert (NRW = 1)

Sterbefälle wegen Lebererkrankungen 1999-2015
beide Geschlechter von 15-74 Jahren, 5-Jahres-Mittelwert
Stadt Bochum



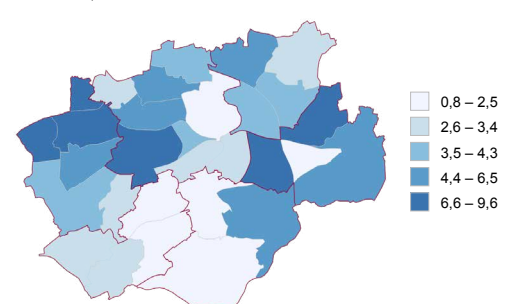
Abweichung des standardisierten Mortalitätsindex (SMR) vom Landeswert (NRW = 1)

Kinder mit herabgesetzter Sehschärfe, behandelte und nicht behandelte Kinder nach Bildungsstatus des elterlichen Haushalts 2014/15 – 2016/17
Datensätze mit Angaben zum Bildungsstatus
Stadt Bochum



Quelle: Stadt Bochum, Gesundheitsamt, Schuleingangsuntersuchung 2014/15 - 2016/17.

Schulanfänger*innen mit Adipositas
Durchschnittswert der Untersuchungszyklen 2014/2015 - 2016/17
Anteil in Prozent an allen untersuchten Kindern
Stadt Bochum, Ortsteile



Quelle: Stadt Bochum, Gesundheitsamt, Schuleingangsuntersuchung 2014/15 - 2016/17.

5.4. Gesundheit verbessern

5.4.1. Plakate

Gesundheit – Vorhandene Angebote und Strukturen

- Kommunale Gesundheitskonferenz



- Kommunale Präventionskette



- Gesundheitsberichterstattung



- WIR (Walk in Ruhr) – Zentrum für sexuelle Gesundheit und Medizin



- Sozialpsychiatrischer Dienst



- Fachplanung Gesundheit Wattenscheid



Gesundheit verbessern

- Intensivierung gesundheitsorientierter Planung als Teil der Stadtentwicklung

- Stärkung der ämterübergreifenden Zusammenarbeit
- Erweiterung der Kommunalen Gesundheitskonferenz



- Fachplanung Gesundheit gesamtstädtisch

- Partizipationsprozess 2019
- Aufstellung des Maßnahmenplanes 2020



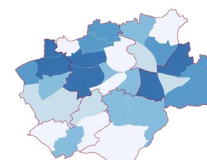
- Gesundheitsbüro

- Einrichtung von sechs Büros (Pilotierung Wattenscheid)
- Schnittstellenfunktion zu Urban Health Care



- Verfeinerung der Gesundheitsberichterstattung

- Kleinräumige Berichterstattung



5.4. Gesundheit verbessern

5.4.2. TOP 3-Ideen



1. Bochumer Sozialkonferenz
WORKSHOP 4:



GESUNDHEIT FÖRDERN

durch stärkere Vernetzung u.
Kooperation

UNSERE TOP 3 IDEEN:

1 Gesundheitskompetenz benachteiligter Bevölkerungsgruppen niederschwellig stärken

2 Psychische Gesundheit (Infrastruktur + Inhalte) stärker in den Fokus nehmen

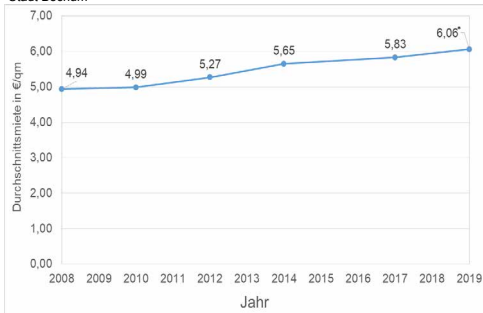
3 a) Versorgung von Menschen ohne Krankenversicherung verbessern
b) vorgeburtliche Begleitung / Entstressung von Schwangeren stärken (inkl. Abbruch)

5.5. Wohnen

5.5.1. Plakate

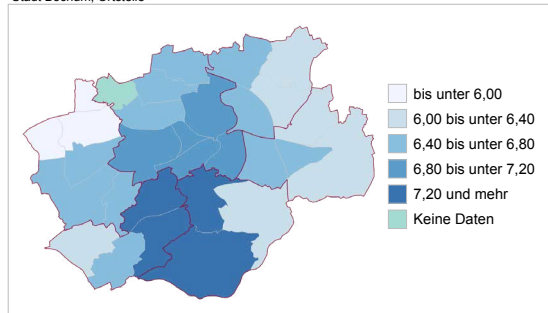
Wohnen – Zahlen, Daten, Fakten

Entwicklung der Durchschnittsmiete gemäß Mietspiegel 2008 – 2019
 Durchschnittswerte der Regressionsmietspiegel in Euro/Quadratmeter (€/qm)
 Stadt Bochum



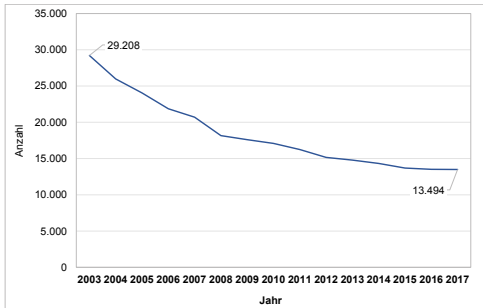
Quelle: Institut Dr. Künzel (im Auftrag des Arbeitskreises Mietspiegel Bochum)
 * Indexfortschreibung des seit 2017 gültigen Mietspiegels (+ 3,9%)

Angebotsmieten für Mietwohnungen Juli 2017 – Juni 2018
 Median der Angebotsmietpreise in Euro/Quadratmeter (€/qm)
 Stadt Bochum, Ortsteile



Quelle: empirica-Preisdatenbank (empirica-systeme GmbH), zitiert nach: Stadt Bochum (2018), Amt für Stadtplanung und Wohnen: Wohnungsmarktbericht Bochum 2018.

Bestand an Sozialwohnungen 2003 – 2017
 Stadt Bochum



Quelle: Stadt Bochum, Amt für Stadtplanung und Wohnen, Stichtag: 31.12. d. J.

Ermittelte Wohnberechtigungsscheine nach Anzahl der Personen im Haushalt 2013 – 2017
 Stadt Bochum

Jahre	Anzahl WBS
2013	2.371
2014	2.316
2015	2.334
2016	2.252
2017	2.328

Quelle: Stadt Bochum, Amt für Stadtplanung und Wohnen, Stichtag: je 31.12. d. J.

Richtwerte für die Angemessenheit der Bedarfe für Unterkunft und Heizung sowie Verfügbarkeitsquote nach Haushaltsgröße 2018
 Stadt Bochum

Personen im Haushalt	Bruttokaltmiete Euro mtl.	Verfügbarkeitsquote
1	373,90	59,0%
2	467,42	47,5%
3	554,32	51,1%
4	637,07	47,2%
5	779,02	58,0%
6	925,10	nicht ausreichend verfügbar
7	1025,20	nicht ausreichend verfügbar
8	1125,30	nicht ausreichend verfügbar

Quelle: Stadt Bochum, Amt für Soziales, Stichtag: 30.04.2018.

Untergebrachte obdachlose Menschen in städtischen Unterkünften nach Altersgruppen 2017
 Stadt Bochum

Alter in Altersgruppen	Anzahl
0 - 5	14
6 - 14	21
15 - 17	7
18 - 39	35
40 - 64	46
65 und älter	6
Insgesamt	129

Quelle: Stadt Bochum, Amt für Soziales, Stand: Jahressumme.

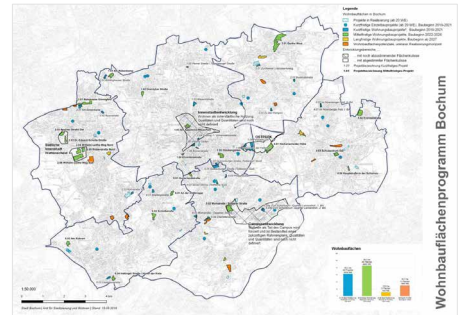
5.5. Wohnen

5.5.1. Plakate

Wohnen verbessern – vorhandene Konzepte, Angebote und Strukturen

Handlungskonzept Wohnen: Zielsetzungen

- Kurzfristig deutliche Steigerung der Neubautätigkeit: 800 neue WE/Jahr bis einschließlich 2020
- Intensivierung des geförderten Wohnungsbaus: 200 der 800 WE im geförderten Segment
- Vorausschauendes Flächenmanagement: zeitnah mittelfristig zu entwickelnde Flächen festlegen
- Nachholende stadträumliche Verbesserung: Bestands- und Quartiersentwicklung fördern
- Optimierte Öffentlichkeitsarbeit: Information und Ansprechbarkeit über diverse Kanäle sicherstellen



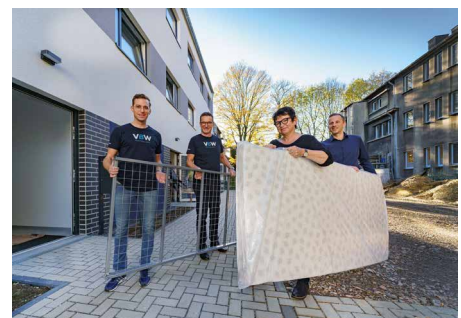
ISEK/Stadterneuerung: Zielsetzungen

- Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzepte (ISEK) setzen positive Entwicklungsimpulse in verschiedenen Handlungsfeldern, u.a. Wohnen
- Aufs jeweilige Fördergebiet zugeschnittenes Konzept
- Beispiel Hustadt: umfangreiche Bestands- und Quartiersentwicklung in Kooperation zwischen VBW Bauen und Wohnen, Stadt, Fördergebern u. v. m.



Konzept Obdach- und Wohnungslosenhilfe: Bestehende Angebote

- Wohnraumsicherung und Abwendung von Zwangsräumungen
- Beratungsstellen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten
- Aufenthalts- und Notübernachtungsangebote, weitere niedrigschwellige Hilfen
- Zielgruppenspezifische Angebote (ambulante betreutes Wohnen, betreute WGs)



Wohnen verbessern – ausgewählte aktuelle Ziele und Maßnahmen

Preiswerten Wohnraum sichern

- Quote bei Neubauvorhaben: Auf städtischen Flächen mind. 30 % der Geschossfläche, auf privaten Flächen mind. 20 % der Geschossfläche im geförderten Wohnungsbau
- Verstärkte und zielgruppenspezifische Beratung von Immobilieneigentümern zur Inanspruchnahme der Landesförderung auch für Sanierung und Modernisierung



Foto: Vivawest Wohnen GmbH

Nachhaltige Entwicklung von (Wohn-) Quartieren fördern

- Stadtteilarchitekten unterstützen Immobilieneigentümer in Fragen der Sanierung
- Zukunftskonzept Wohnen für das Soziale Stadtgebiet Wattenscheid in Aufstellung, für WLAB in Planung
- Einrichtung eines Sozialen Stadtteilzentrums im Stadtumbaugebiet Laer/Mark 51°7 in Vorbereitung
- Auch außerhalb der Stadterneuerungsgebiete initiieren insb. die institutionellen Wohnungseigentümer Maßnahmen zur Quartiersentwicklung und auf die Mieterschaft zugeschnittene Angebote



Foto: Stadtteilmanagement WLAB



Grafik: VBW Bauen und Wohnen GmbH

Weitere Angebote in der Obdach- und Wohnungslosenhilfe schaffen

- Durchgehende sozialarbeiterische Betreuung in den Unterkünften
- Verwaltungsinterne Neustrukturierung zur „Fachstelle Wohnungslosigkeit“
- In Planung/Vorbereitung: ergänzende zielgruppenspezifische Angebote



Foto: Stadt Bochum

6.1. Forum Teilhabechancen für Kinder und Jugendliche stärken

Zusammenfassung der Ergebnisse

1. Wie viele Teilnehmer*innen hatte Ihr Forum und woher kamen die Teilnehmenden?

Es waren 61 Teilnehmende zum Forum 1 angemeldet. Neben Vertreter*innen der Stadtverwaltung waren verschiedene Vertreter*innen der freien Träger, des Kinder- und Jugendrings, der ev. Kirchengemeinde, der ev. Jugendhilfe, diverser Vereine und Verbände, gemeinnütziger Organisationen und aus der Politik anwesend.

2. Welche Ideen (Plakat Nr. 3) wurden vom Foren- team eingebracht?

- Bemessungsgrenzen für die Beitragsfreiheit von Kitaplätzen erhöhen
- Kostenloser ÖPNV für Kinder und Jugendliche
- Schaffung von zusätzlichen kostenlosen Freizeitangeboten für bedürftige Kinder und Jugendliche
- Ausweitung der Ferienangebote für Jugendliche
- Einrichtung von kindgerechten „Suppenküchen“
- Servicestelle Vereinsentwicklung
- Sanktionsfreiheit für Jugendliche im Hartz IV-Bezug

3. Wie verlief die Diskussion im Forum?

Aufgrund der Zahl der Teilnehmenden konnte keine intensive Diskussion geführt werden. Es gab aber doch einige Statements, die zum Teil durch das Jugendamt direkt beantwortet wurden.

4. Welche Einzelmaßnahmen wurden diskutiert und abschließend favorisiert?

Neben den Maßnahmen, die auf den Flipcharts dokumentiert sind, wurden folgende Vorschläge gemacht:

- Kostenlose Outdoor-Fitnessclubs
- Neue Medien in die Jugendarbeit einbeziehen
- Streetwork für Familienarbeit qualifizieren
- Erweiterung der Anspruchsberechtigung und Erhöhung des städtischen Zuschusses für das Ferienprogramm
- an Heranwachsende denken (Careleaver)
- kulturelle Förderung (Theaterprojekte)
- Stärkung der Kooperation von Kinder- und Jugendfreizeithäusern
- Unterstützung zur Begleitung des Übergangs Schule und Beruf
- Unterstützung beim Aufbau eines Netzwerks gegen Radikalisierungstendenzen
- regelmäßige Verpflegung für Jugendliche (Schulung für Eltern)/Mittagsessen für alle Schülerinnen und Schüler/Bemessungsgrenze für Tafel erhöhen

- Schulobst auch im Kindergarten
- Ausbau Initiative Nachbarschaft
- BuT-Ausweis
- BuT vor Ort stärken
- dezentrale gesundheitliche Versorgung von Kleinkindern
- Planungssicherheit für Projekte

5. Welche übergeordneten Schwerpunkte wurden diskutiert und abschließend favorisiert?

Folgende Punkte wurden favorisiert:

Kinder:

1. Zeit für Beratung und Netzwerkarbeit
2. Hilfe aus einer Hand / gebündelte Verwaltungsstrukturen für behinderte Kinder
3. Informationen und Antragshilfen für Fördermöglichkeiten

Jugendliche:

1. Jugendliche stärker beteiligen
2. Mobilität von Jugendlichen unterstützen
3. Aufsuchende Arbeit stärken (um Familien zu erreichen)



6.2. Forum Teilhabechancen für Erwachsene stärken

Zusammenfassung der Ergebnisse

1. Wie viele Teilnehmer*innen hatte Ihr Forum, und woher kamen die Teilnehmenden?

Knapp 30 Teilnehmer*innen vom Frauenbeirat, von der Jüdischen Gemeinde, der Gafög, dem Bochumer Bündnis, den Stadtteilmanagements WLAB und Wattenscheid, dem Sozialdezernat, Gesundheitsamt, Gleichstellungsstelle, VHS, Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft, dem Amt für Soziales, dem DGB, dem Kommunalen Integrationszentrum, der Arbeitsagentur, dem Jobcenter, der Bochumer Wirtschaftsentwicklung sowie von unterschiedlichen Trägern und Verbänden (z. B. Ronahi e. V., Donum Vitae e. V., IFAK e. V.) hatte das Forum 2.

2. Welche Ideen (Plakat Nr. 3) wurden vom Forenteam eingebracht?

Oberthema war die Entwicklung eines Bochumer Arbeitsmarktkonzepts unter Beteiligung vielfältiger Akteure*innen

3. Wie verlief die Diskussion im Forum?

Das Forum wurde von Herrn Stefan Marx und Herrn

Stefan Thimm moderiert. Nach der Darstellung der wichtigsten Aspekte des Themenfeldes und der Auswahl (und Ergänzung) von vorhandenen Angeboten wurden von den Teilnehmer*innen Ideen zur Verbesserung der Teilhabechancen von Erwachsenen eingebracht. Diese sind als Teilaspekte des geplanten Bochumer Arbeitsmarktkonzepts zu sehen.

Einige von den genannten Ideen wie beispielsweise „Nutzung der Trägerressourcen durch das Jobcenter und umgekehrt“ wurden im Forum diskutiert und favorisiert.

4. Welche Einzelmaßnahmen wurden diskutiert und abschließend favorisiert?

- Verstetigung von Maßnahmen
- Vernetzung
- Schaffung von Transparenz über Angebote
- Nutzung der Trägerressourcen durch das Jobcenter und umgekehrt
- Gewährleistung der Kinderbetreuung als begleitende Maßnahme
- besser bezahlte Arbeit

5. Welche übergeordneten Schwerpunkte wurden diskutiert und abschließend favorisiert?

- Entwicklung eines Bochumer Arbeitsmarktkonzepts unter Beteiligung vielfältiger Akteure*innen
- Ganzheitliches inklusives Denken von Querschnittsthemen
- Aufsuchende Beratung
- Grundbildung



6.3. Forum Teilhabechancen für ältere Menschen stärken

Zusammenfassung der Ergebnisse

1. Wie viele Teilnehmer*innen hatte Ihr Forum und woher kamen die Teilnehmenden?

Das Forum „Ältere Menschen“ hatte 22 Teilnehmende. Diese vertraten verschiedene Freie Träger, die Senioreneinrichtungen Bochum (SBO), den Seniorenbeirat, diverse Vereine, das Institut für Kirche und Gesellschaft sowie die SPD Fraktions-Geschäftsstelle.

2. Welche Ideen (Plakat Nr. 3) wurden vom Forenteam eingebracht?

Es wurden folgende Ideen eingebracht:

- Stärkung des freiwilligen Engagements
 - Evaluation der Seniorenbüros
 - Stärkung des Miteinanders von freiwillig engagierten und hauptamtlichen Mitarbeiter*innen
- Wahlverwandtschaften
 - Gemeinsam statt einsam heißt das Wohn- und Lebenskonzept der Zukunft: Mehr Generationenhaus und Hausgemeinschaft als Heimplatz und betreutes Wohnen.
- Stärkung von Wohnprojekten / Wohn- und Hausgemeinschaften
 - Dem Service-Wohnen bzw. generationsübergreifenden Wohnkonzepten mit Dienstleistungsangeboten gehört die Zukunft.

3. Wie verlief die Diskussion im Forum?

Es handelte sich um eine lebhaft, hoch motivierte Diskussionsrunde. Die Teilnehmenden zeigten dies durch vielzählige interessierte und engagierte Wortbeiträge.

4. Welche Einzelmaßnahmen wurden diskutiert und abschließend favorisiert?

Die Diskussion über Einzelmaßnahmen wurde zu Schwerpunktthemen zusammengefasst:

- Mobilität
 - Bestandsaufnahmen, UpDates und Verbesserung der Barrierefreiheit
 - Ermöglichung von „Kurzen Wegen“ durch Verbesserung der Infrastruktur
 - Anbindungen durch kostengünstigen ÖPNV verbessern
- Digitalisierung
 - Erweiterung digitaler Angebote für Senior*innen zur Vermittlung des Know-Hows



- Schaffung digitaler Kommunikationsmöglichkeiten

- Wohnen
 - Einrichtung einer Wohnbörse/Pools (Stichworte: Jung+Alt, Wohnen für Hilfestellungen)
 - Ermöglichung des Mehrgenerationenwohnens durch entsprechende Baumaßnahmen
 - Stärkung von Wohngemeinschaften für Senior*innen
- Netzwerke
 - Sozialraumkonferenzen für Senior*innen auf Stadtbezirksebene
 - Fachkonferenz der Partner in der Senior*innenarbeit
 - Transparenz der Angebotspalette der Netzwerkpartner



- Migrationsarbeit
 - Berücksichtigung der zunehmenden Diversität alter Menschen
 - Ehrenamt und soziale Einbindung von älteren Migrant*innen stärken
- Leben im Quartier
 - Altengerechtes Quartiersmanagement forcieren
 - Ehrenamtliches Potential älterer Menschen nutzen
 - Besuchs- und Begleitedienste ausbauen
 - „Fürsorgliche“ Nachbarschaften durch kleinräumige Begegnungsangebote stärken
- Gesellschaftliche Teilhabe
 - Fonds für kulturelle Teilhabe ermöglichen
 - Angebote für psychisch kranke ältere Menschen ausbauen

5. Welche übergeordneten Schwerpunkte wurden diskutiert und abschließend favorisiert?

Folgende Schwerpunkte wurden abschließend favorisiert:

- Netzwerke
 - Einrichtung von Sozialraumkonferenzen auf Stadtbezirksebene und gesamtstädtische Fachkonferenz aller Akteure der Senior*innenarbeit
- Mobilität
 - Barrierefreiheit schaffen, Bestandsaufnahme durch Betroffene, Stadt, Akteure etc., als ständiger Prozess mit regelmäßigen Updates
- Leben/Wohnen im Quartier
 - Schaffung und Verstetigung von altengerechtem Quartiersmanagement

6.4. Forum Gesundheit verbessern

Zusammenfassung der Ergebnisse

1. Wie viele Teilnehmer*innen hatte Ihr Forum und woher kamen die Teilnehmenden?

Das Forum wurde von 28 Personen besucht. Der Rat der Stadt Bochum war durch zwei Ratsmitglieder vertreten. Die Stadt Bochum war mit fünf Mitarbeitenden aus vier Ämtern (Gesundheitsamt, Jugendamt, Kommunales Integrationszentrum, Referat für Gleichstellung, Familie und Inklusion) vertreten. Als öffentliche Einrichtungen waren die Universität Bielefeld (Fakultät für Gesundheitswissenschaften) und das Landeszentrum für Gesundheit Nordrhein-Westfalen anwesend. Die übrigen Teilnehmenden stammten aus einem weit gefächerten Spektrum in Bochum tätiger Organisationen: ASB Bochum, Agentur für Arbeit, BoGeStra AG, BPE e. V., CVJM Bochum, Diakonie

Ruhr, IFAK e. V., Jobcenter, Lebensarchitekten e. V., Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum e. V., SKFM Wattenscheid e. V., ver.di Mittleres Ruhrgebiet.

Das Thema Gesundheit konnte in der Gruppe aus vielfältigen lokalen Blickwinkeln und rückgekoppelt an den universitären Bereich und die Landesebene betrachtet werden.

2. Welche Ideen (Plakat Nr. 3) wurden vom Forenteam eingebracht?

- Intensivierung gesundheitsorientierter Planung als Teil der Stadtentwicklung
- Stärkung der ämterübergreifenden Zusammenarbeit



- Erweiterung der Kommunalen Gesundheitskonferenz
- Fachplanung Gesundheit gesamtstädtisch
 - Partizipationsprozess 2019
 - Aufstellung des Maßnahmenplanes 2020
- Gesundheitsbüro
 - Einrichtung von sechs Büros (Pilotierung Watten-scheid)
 - Schnittstellenfunktion zu Urban Health Care
- Verfeinerung der Gesundheitsberichterstattung
 - Kleinräumige Berichterstattung

3. Wie verlief die Diskussion im Forum?

Nicht zuletzt wegen der Vielfalt der im Forum vertretenen Organisationen verlief die Diskussion sehr lebendig. Intensiv wurde über Gesundheitsförderung bei Langzeitarbeitslosen diskutiert. Diese Diskussion spiegelt sich zwar nicht in den priorisierten Ideen wider, führte jedoch zur direkten Vernetzung von Akteuren in diesem Bereich.

Ein Thema, das immer wieder zur Sprache kam, waren die langen Wartezeiten im Bereich der psychiatrischen Versorgung (insbesondere der Kinder- und Jugendpsychiatrie). Hierzu wurden die Möglichkeiten eines Telematik-Angebotes diskutiert.

Die Diskussion knüpfte im weiteren Verlauf an die Idee einer Steigerung der Gesundheitskompetenz bei benachteiligten Bevölkerungsgruppen an und konkretisierte sie insbesondere mit Blickrichtung auf Schwangere und Neugeborene sowie auf Menschen ohne Krankenversicherung. Dabei kam immer wieder die Bedeutung personeller Angebote in den Blick und wurde mit dem Slogan „Zurück zur Gemeindeschwester“ auf den Punkt gebracht.

4. Welche Einzelmaßnahmen wurden diskutiert und abschließend favorisiert?

Die drei favorisierten Ideen aus dem Forum lauten:

1. Gesundheitskompetenz benachteiligter niederschwellig Bevölkerungsgruppen stärken
2. Psychische Gesundheit stärker in den Blick nehmen (Krankheitsgeschehen und Versorgungsstruktur)
- 3.a) Versorgung von Menschen ohne Krankenversicherung verbessern
- b) Vorgeburtliche Begleitung/Entstressung von Schwangeren stärken (inkl. Möglichkeiten zum Schwangerschaftsabbruch)

5. Welche übergeordneten Schwerpunkte wurden diskutiert und abschließend favorisiert?

Neben den priorisierten Ideen hat das Forum methodische Eckpunkte für sinnvolle gesundheitsförderliche Maßnahmen zusammengetragen:

- vernetzt und einrichtungs- bzw. ämterübergreifend arbeiten
- Partizipation der Bevölkerung/Zielgruppen sicherstellen
- aufsuchend arbeiten
- kultursensibel arbeiten
- ganzheitlich/multiperspektivisch arbeiten

Daneben wurden auch äußere Einflussfaktoren für gesundheitsförderliche Arbeit benannt:

- Orte (Quartiere, Sozialräume, Treffpunkte, ...)
- Mobilität
- Umwelt(-belastungen)
- Wohnräume



6.5. Forum Wohnen verbessern

Zusammenfassung der Ergebnisse

1. Wie viele Teilnehmer*innen hatte Ihr Forum und woher kamen die Teilnehmenden?

25 Teilnehmer*innen aus Politik, Verwaltung und aus dem Bereich der Sozialverbände sowie dem Mieterverein und der VBW.

2. Welche Ideen (Plakat Nr. 3) wurden vom Forenteam eingebracht?

Preiswerten Wohnraum sichern

- Quote bei Neubauvorhaben: Auf städtischen Flächen mind. 30 % der Geschossfläche, auf privaten Flächen mind. 20 % der Geschossfläche im geförderten Wohnungsbau
- Verstärkte Beratung von Bestandhaltern zur Inanspruchnahme der Landesförderung auch für Sanierung und Modernisierung



Nachhaltige Entwicklung von (Wohn-)Quartieren fördern

- Stadtteilarchitekten unterstützen Immobilien-eigentümer in Fragen der Sanierung
- Zukunftskonzept Wohnen für das Soziale Stadt-Gebiet Wattenscheid in Aufstellung, für WLAB in Planung
- Einrichtung eines Sozialen Stadtteilzentrums im Stadtumbaugebiet Laer/Mark 51°7 in Vorbereitung
- Auch außerhalb der Stadterneuerungsgebiete initiieren insbesondere die institutionellen Wohnungseigentümer Maßnahmen zur Quartiersentwicklung und auf die Mieterschaft zugeschnittene Angebote

Weitere Angebote in der Obdach- und Wohnungslosenhilfe schaffen

- Durchgehende sozialarbeiterische Betreuung in den Unterkünften
- Verwaltungsinterne Neustrukturierung zur „Fachstelle Wohnungslosigkeit“
- In Planung/Vorbereitung: ergänzende zielgruppenspezifische Angebote

3. Wie verlief die Diskussion im Forum?

Es gab eine sehr rege und konstruktive Diskussion. Es hat sich von Beginn an sehr deutlich gezeigt, dass das Thema Wohnen von zwei „Säulen“ getragen wird: So geht es neben dem tatsächlichen Bauen eben auch um Angebote im Bereich der Beratung und verfahrensbezogene Aspekte, die sich im Bereich der Rahmenbedingungen des Wohnens ansiedeln.

4. Welche Einzelmaßnahmen wurden diskutiert und abschließend favorisiert?

Im zweiten Teil der Diskussion wurden eine Vielzahl von Maßnahmen und Instrumenten diskutiert, die dann wie unter 5. beschrieben in programmatische Punkte zusammengeführt wurden. Im Einzelnen waren dies nachfolgende Einzelmaßnahmen:

- Pilotprojekte in Sachen Wohnungstausch (z.B. bei zu großen Wohnungen)
- Belegungsrechte und geförderter Wohnungsbau
- Quartiersfonds
- Neubau und Bestandsentwicklung
- Bauliche Dichte
- Feste und verstetigte Quartierskümmerer
- Housing First
- Bürgschaften für spezifische Zielgruppen (z.B. Obdachlose)
- Wiedereinführung von Bar-Kauttionen
- Maßnahmen gegen Fehlbelegungen
- u.a.m.

5. Welche übergeordneten Schwerpunkte wurden diskutiert und abschließend favorisiert?

Die übergeordneten Schwerpunkte wurden im Workshop in Richtung von abstrakten Paketen diskutiert. Entsprechend der Aufgabenstellung wurde von den Forums-Teilnehmenden folgende „TOP 3“ festgelegt (die Reihenfolge ist hier irrelevant):

1. Stärkung und Weiterentwicklung von Quartiersarbeit
2. Eintrittsbarrieren (in den Wohnungsmarkt) abbauen
3. Belegungsrechte einführen

7. Graphic Recording



Die Sozialkonferenz wurde von einer Grafikerin begleitet, die die Ergebnisse live verbildlichte. So entstand während der Veranstaltung aus einer zunächst weißen Leinwand langsam das folgende, mehrere Meter große Wandbild, das den Ablauf, die Botschaften und die Ideen der Konferenz grafisch dokumentiert.



8. Ausblick

Bei der Sozialkonferenz Bochum 2019 wurde gemeinsam über die Auswirkungen von Armut und die Handlungsmöglichkeiten in Bochum diskutiert, um die Teilhabechancen von armen oder armutsgefährdeten Bochumerinnen und Bochumern zu erhöhen.

In den fünf Foren der Sozialkonferenz fand dazu ein intensiver fachübergreifender Austausch statt. Wie den vorstehenden Unterlagen zu entnehmen ist, wurden vielfältige Impulse und Anregungen für neue Maßnahmen und für die Weiterentwicklung der alltäglichen Arbeit vor Ort entwickelt.

Folgende Ideen, die in den Foren entwickelt wurden, konnten bereits umgesetzt bzw. angegangen werden:

Forum Teilhabechancen für Kinder und Jugendliche stärken

Im Oktober 2019 wurde das Beratungshaus Inklusion des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe für alle Kinder mit Behinderungen in Bochum eröffnet. Weiterhin findet am 5. März 2020 die Jugendpolitische Veranstaltung statt. Darüber hinaus wurde in den aktuellen Haushaltsberatungen die Beitragsgrenze für die Kita-Betreuung angehoben, so dass Eltern mit geringem Einkommen weiter entlastet werden.

Forum Teilhabechancen für Erwachsene stärken

Das Arbeitsmarktkonzept Bochum, das die vielfältigen Aktivitäten der Arbeitsagentur, des Jobcenters, der Stadt und weiterer Akteurinnen und Akteure vernetzen und Maßnahmen für Zielgruppen fokussieren wird, wird im Jahr 2020 unter Beteiligung des Beirats des Jobcenters Bochum entwickelt.

Forum Teilhabechancen für ältere Menschen stärken

Die Evaluation der Seniorenbüros wird auch Teilhabechancen für ältere Menschen in den Blick nehmen. Die Ergebnispräsentation ist für Ende des Jahres 2020 geplant.

Forum Gesundheit fördern

Die Ausschreibung für ein Gesundheitsbüro in Wattenscheid (Pilot) für einen niedrigschwelligen Zugang zum Gesundheitswesen ist erfolgt.

Forum Wohnen verbessern

Erste Vorschläge zur Einführung der Belegungsrechte/Kooperationsvereinbarungen wurden von der Stadt erarbeitet und sollen im Jahr 2020 verabschiedet werden.

Diese sowie die weiteren Ergebnisse der Sozialkonferenz sind als gemeinsamer Arbeitsauftrag an die Stadtverwaltung, das Jobcenter, die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege, die Jugendverbände sowie die Ausschüsse und den Rat und der Stadt Bochum zu verstehen, die gewonnenen Erkenntnisse und die daraus abgeleiteten Strategien weiter zu prüfen und in konkrete Maßnahmen umzusetzen. Ziel ist es, mit den Ergebnissen der Sozialkonferenz langfristige Wirkungen für die Bochumer Bürgerinnen und Bürger zu erzielen.